Montag, den 6. Juli 1925. Einzelnummer 10 Goldpfennige 36. Jahrgang. — Nr. 154

# Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen" und der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt · Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 1,68 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,05 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Zollkrieg in West und Ost.

## „Erfolge" der Handelspolitik der Rechtsregierung.

### Abbruch der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

**Vertragloser Zustand bis zum nächsten Frühjahr!**

**Paris**, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) **Zwischen Staatssekretär Trendelenburg und dem französischen Handelsminister Chaumet hat am Sonnabend eine neue Aussprache stattgefunden, die zum Abbruch der Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich geführt hat. Die deutsche Delegation ist nämlich, wie erklärt wird, nach reiflicher Prüfung der neuen französischen Gegenvorschläge zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese keine Grundlage für eine Verständigung bilden. Staatssekretär Trendelenburg hat infolgedessen die Erklärung abgegeben, daß er keine Möglichkeit mehr sehe, angesichts der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zum Abschluß eines Abkommens zu gelangen, das noch vor den Parlamentsferien ratifiziert werden könnte.**

**Die beiden Delegationschefs werden am Montag noch einmal zusammenkommen, um darüber zu beraten, was bei dieser Lage noch geschehen kann. Sie wird dadurch erschwert, daß die französische Regierung beabsichtigt, von der Kammer sofort nach ihrem Wiederzusammentritt im November die Beratung der neuen Zollgesetz-Novelle zu verlangen. Man rechnet damit, daß diese Debatte mehrere Monate in Anspruch nehmen wird, und es gilt als ausgeschlossen, daß in der Zwischenzeit die deutsch-französischen Handelsvertrags-Verhandlungen fortgesetzt werden können. Wenn auch noch kein endgültiger Beschluß vorliegt, so wird man sich doch schon darauf einstellen müssen, daß die neuen Verhandlungen kaum vor Frühjahr des nächsten Jahres wieder aufgenommen werden können und infolgedessen der vertraglose Zustand einstweilen unbegrenzt fortdauern wird.**

* * *

**Paris**, 6. Juli. (Funkbericht.)

Ein vom französischen Handelsministerium veröffentlichter Bericht bezeichnet als Hauptgrund für den Abbruch der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen die Weigerung Deutschlands, Frankreich bei den Zöllen für Wein und elsässische Textilwaren entgegenzukommen.

### Die neuen deutschen Wirtschaftskampfmaßnahmen gegen Polen in Kraft getreten.

**Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung treten am heutigen Montag, den 6. Juli, die deutschen wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen gegen Polen in Wirksamkeit. Dazu wird uns von informierter Seite mitgeteilt, daß, so weit Deutschland in Frage kommt, die Verhandlungstür offengelassen wird. Das von Deutschland vorgeschlagene Provisorium hat in erster Linie den Zweck, den Wirtschaftskrieg zu vermeiden. Das 100 000-Tonnen-Kohleneinfuhrkontingent dürfe angesichts der Lage des deutschen Bergbaues von Polen nicht zu niedrig eingeschätzt werden, zumal Deutschland auch weiterhin bereit sei, in der Frage der Fleisch- und Vieheinfuhr (allerdings nur über Beibehaltung des alten Zustandes bis Herbst 1925) mit sich reden zu lassen. Jedenfalls steht das deutsche Angebot zur Schaffung eines Provisoriums noch immer zur Verhandlung. Die polnische Antwort darauf soll am Montag erfolgen.**

* * *

**WTB.** meldet aus Prag eine Ermäßigung der polnischen Zölle gegenüber der Tschecho-Slowakei. Nach der Erhöhung der Zölle in Polen vom 20. Mai d. J. kam es zwischen der tschechischen und der polnischen Regierung zu Verhandlungen über die Regelung dieser Frage im Zusammenhang mit dem tschechisch-polnischen Handelsvertrag. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen über den erwähnten Vertrag in Prag vom 3. Juli wurden in einem durch den bevollmächtigten Minister Dr. Dvoracek tschecho-slowakischerseits und Generalkommissar Dunajewski polnischerseits unterzeichneten Zusatzprotokoll festgelegt. Dieses Protokoll erneuert im wesentlichen den polnischen Zolltarif für jene tschecho-slowakischen Waren, denen im Vertrag vom 23. April Ermäßigungen von den Sätzen des polnischen Zolltarifs zugesichert wurden und auf die sich die autonome Erhöhung der polnischen Zölle vom 20. Mai bezieht. Außerdem enthält das Protokoll noch Zollnachlässe von einigen weiteren Warengattungen, für die bisher in Polen nicht die Vertragssätze galten.

### Kündigung des Handelsvertrages mit der Schweiz?

**Genf**, 6. Juli. (Funkbericht.)

In Bern beschloß eine Konferenz der Industrien, die für die Einfuhr nach der Schweiz geschützt sind, durch eine gemeinsame Eingabe an die Regierung, die Kündigung des schweizerisch-deutschen Wirtschaftsabkommens vom 17. November 1924 zu verlangen.

### Das unverschämte Drängen der Zollwucherer.

Im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages unternahmen die Zollwucherer am Sonnabend einen Vorstoß, der aber an der Wachsamkeit der sozialdemokratischen Vertreter scheiterte. Genosse **Sollmann** hatte eben gegen die hohen Zollsätze im Kapitel „Steine und Erden" der Zollvorlage gesprochen, als die Regierungsparteien durch Abg. **Horlacher** (D. Vpt.) einen Antrag einbrachten, der die Debatte beenden und für die Spezialberatung die Redezeit auf fünf Minuten verkürzen wollte. Diese Provokation wurde auf der Linken mit stürmischem Proteste beantwortet. Genosse **Breitscheid** führte aus, daß der Antrag Horlacher so recht die Profitgier der Agrarier zeige, die ihre Beute nicht schnell genug in die Scheuer bringen könnten. Die bürgerlichen Parteien möchten sich überlegen, welche Wirkung ihre Handlungsweise haben müsse. Die sozialdemokratische Fraktion behalte sich demgegenüber ihre Abwehrmaßnahmen vor. Im weiteren Verlaufe der Aussprache, in der Genosse **Henke** nochmals den sozialdemokratischen Standpunkt gegenüber den Abwürgungsplänen der Regierungsparteien unterstrich, und der Zentrumsabgeordnete **Lammers** zu vermitteln suchte, wurde der Antrag Horlacher zurückgezogen und die Debatte fortgesetzt.

Die eigentliche Sitzung begann mit einem Berichte des Abg. **Schneider** (D. Vpt.) über die Arbeiten des Unterausschusses für die Einsetzung einer Sachverständigenkommission zur Prüfung der Agrarzölle. Es wurde beschlossen, als Agrarwissenschaftler die Professoren Aereboe und Sagawe zu berufen. Den Vorsitz der Kommission soll Prof. August Müller übernehmen, dem Kommerzienrat Rabethge als Stellvertreter zur Seite steht. Dieser Ausschuß wird ergänzt durch Vertreter der Fraktionen des Reichstages. Von der Sozialdemokratie dürften ihm die Genossen Hilferding und Georg Schmidt angehören.

Der Ausschuß setzte dann die Beratungen über das Kapitel „Steine und Erden" der Zollvorlage fort, wobei Genosse **Sollmann** bedauerte, daß im Gegensatz zu dem großen Interesse, das die breiten Massen des Volkes den Verhandlungen entgegenbringen, die Regierung ebenso wie die bürgerlichen Vertreter ziemlich teilnahmslos den Arbeiten des Ausschusses gegenüberstehen. Die deutsche Baustoffindustrie stehe am allerwenigsten unter dem Druck der Auslandskonkurrenz, könne infolge des Wohnungsmangels sogar eine sehr gute Konjunktur verzeichnen, die sie auch recht ausgiebig ausnütze. Im Wohnungsausschuß des Reichstages bestehe sowohl bei der Regierung wie bei den Parteien die Meinung, daß ein regelrechter Baustoffwucher getrieben werde. Es sei daher nicht einzusehen, warum dieser Industrie noch ein besonderer Zollschutz gewährt werden müsse. Die sozialdemokratische Fraktion verlange, daß sich der Reichsarbeitsminister im Ausschuß über die Wirkungen der hohen Zollsätze für Baumaterialien auf dem Baumarkt äußere.

Dann folgte der bereits gekennzeichnete Zwischenfall. Anschließend begründete Genossin **Sender** den sozialdemokratischen Antrag, den Präsidenten der Richsbank als Sachverständigen über die etwaige Rückwirkung der Zollerhöhungen auf die Währung zu hören. In der Abstimmung wurden alle Versuche der Opposition, die Zollsätze zu ermäßigen, durch den geschlossenen Regierungsblock unmöglich gemacht. Die Genossen **Breitscheid** und **Wissell** sprachen u. a. noch gegen den verhängnisvollen Einfluß der hohen Zölle auf dem Baumarkt, während Genosse **Sollmann** sich am Schluß der Sitzung darüber beschwerte, daß die Regierung die Anfragen der sozialdemokratischen Fraktion einfach unbeantwortet lasse. Diese unwürdige Behandlung der größten Fraktion des Reichstages müßte die größten Schärfen in die Verhandlungen tragen. — Weiterberatung: Montag.

# „Geheime" Außenpolitik der Reichsregierung?

## Formale Sicherheitspaktdebatte, Kinderschutz und Angestelltenversicherung im Reichstag.

Im Reichstag hatte bereits am Freitag eine Geschäftsordnungsdebatte gezeigt, daß über die Außenpolitik der Reichsregierung in der Sicherheitsfrage völlige Unklarheit besteht, wodurch nicht nur der deutsche Parlamentarismus, sondern vor allem auch gleichzeitig die deutsche Verhandlungsstellung gegenüber dem Ausland geschädigt werden muß. Das Berliner volksparteiliche Blatt, das dem Außenminister Stresemann nahesteht, hatte „Richtlinien" für die weiteren Verhandlungen über den Sicherheitspakt veröffentlicht. Die deutschnationale Presse erklärte prompt, daß diese Richtlinien nicht die ihren seien. Und während die größte Regierungspartei Stresemanns Verhandlungsziele und Methoden ablehnte, weil sie darin eine zu enge Bindung an Völkerbund und Westmächte sah, stellte andererseits der Abg. Dr. Wirth in der Geschäftsordnungsdebatte vom Freitag mit größtem Recht fest, daß diese neuen volksparteilichen Richtlinien durch ihre Zweideutigkeit bereits eine Gefährdung der weiteren Verhandlungen bedeuten. Er fand dabei lebhaften Beifall im Zentrum, ohne das die Regierung Luther ja heute auch keine parlamentarische Mehrheit besitzt. Da eine einheitliche Linie der bürgerlichen Parteien der heutigen Rechtsregierung in der Außenpolitik offenbar nicht zu erzielen ist, will nun das Kabinett Luther seine nächste Note nach dem Westen am liebsten ohne parlamentarische Zustimmung aussenden, in der Hoffnung, daß die vollendete Tatsache nachträglich von niemandem mehr umgestoßen wird. Aber es ist dabei noch nicht einmal sicher, ob auch nur die Kabinettsminister sich darüber einigen können und nicht die deutschnationalen Regierungsmitglieder unter Führung von Herrn Schiele nachher wieder erklären, von nichts etwas gewußt zu haben.

Am Sonnabend ist es daher im Reichstag wenigstens über die formale Seite der weiteren parlamentarischen Behandlung der Sicherheitsfrage zu einem etwas unklaren Kompromiß durch Rückzug des Zentrums unter Fehrenbachs Führung gekommen, dessen Ergebnis aus dem folgenden Sitzungsbericht hervorgeht.

* * *

Die Vorlage über Gebühren für Arbeitsbücher wurde im Reichstag Sonnabend in dritter Lesung angenommen.

Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfes über den **Schutz der Jugend** bei Lustbarkeiten, verbunden mit einem sozialdemokratischen Antrage über die **Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben.** Nach der Vorlage kann die Beschäftigung und der Besuch von Minderjährigen unter 18 Jahren für bestimmte Lustbarkeiten, Schaustellungen usw. verboten oder eingeschränkt werden.

Abg. Frau **Schröder** (Soz.)

berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Der Gesetzentwurf geht von einem sozialdemokratischen Antrag aus der den fehlenden Kinderschutz in der Filmindustrie schaffen will. Wenn schon die Konstitution und das Nervensystem der Erwachsenen bei den Filmaufnahmen schwer angegriffen werden, so ist es noch viel schlimmer bei den Kindern, deren Nervensystem in seinem Aufbau viel weicher und feiner ist. Dazu kommt die schlechte Luft in den Filmateliers bei Aufnahme im Freien, Staub, Sonnenbrand und überhaupt das scharfe Licht, das bei den Aufnahmen notwendig ist. Schließlich tritt bei den Kindern noch besonders eine moralische und sittliche Schädigung hinzu. Berlin hat sich deshalb schon veranlaßt gesehen, seine Kinder bei Filmaufnahmen zu schützen. Die Berliner Filmindustrie kann sich aber dadurch helfen, daß sie eine Stunde von Berlin fort geht und in Neubabelsberg Aufnahmen macht. In München, der zweitgrößten Zentrale für Filmaufnahmen, besteht allerdings ein Schutz der Kinder überhaupt noch nicht. (Hört! hört! b. d. Soz.) Der Antrag unserer Fraktion lehnt sich an die Berliner Polizeiverordnung an, die ihre Durchführbarkeit ja bereits praktisch erwiesen hat. Danach sind Kinder unter drei Jahren überhaupt von Filmaufnahmen ausgeschlossen, weil die Schädigung der kindlichen Konstitution außerordentlich groß ist. Bei Schulkindern soll Erlaubnis durch die Schulaufsichtsbehörde oder der von dieser bezeichneten Stelle erteilt werden. Das Ausland hat, wie der preußische Regierungsvertreter mitteilte, in einzelnen Gesetzesbestimmungen einen noch weitergehenden Kinderschutz. Mit der Regelung dieser einen Sozialfrage ist aber die Forderung noch nicht erledigt, das Kinderschutzgesetz auszubauen, sondern die Regierung ist verpflichtet, bei nächster Gelegenheit einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einen Aus- und Umbau des Kinderschutzgesetzes für die heutige Zeit vorsieht. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Frau **Arendsee** (Komm.): Wenn die Jugend verwahrlost, so ist das die Schuld der Gesellschaft. Namentlich die Wohnungsfrage spielt hier eine große Rolle und die Frage der Löhne der Arbeitnehmer. Wenn da nicht eine bessere Lage geschaffen werde, wird die Verwahrlosung der Jugend weiter um sich greifen.

Abg. **Schwarzer** (B. V.): Wenn das Gesetz kategorisch verbiete, daß Kinder unter 3 Jahren zu anderen als Zwecken der Wissenschaft und der Heilkunde gefilmt werde, so müsse man das als zu weitgehend ablehnen. Der Redner beantragt nochmalige Zurückverweisung des Gesetzentwurfs an den Sozialen Ausschuß.

Abg. **Schneider** (Soz.): Es ist zu verstehen, daß ein christlicher Arbeitervertreter sich gegen diesen Kinderschutz wendet. Es scheint, als ob er hier nur das Interesse des Filmzentrale München von dem Kinderschutz ausnehmen. Muß einem christlichen Arbeitervertreter aber die Frage des Kinderschutzes nicht mehr gelten als die Interessen des Kapitals der Filmindustrie? Wir erklären uns bereit, dazu mitzuwirken, daß durch internationale Regelung ein solcher Kinderschutz auch für die Filmindustrie in solchen Ländern geschaffen

wird, wo er nicht besteht. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Die Regierungsvorlage wird dann einem besonderen Ausschuß überwiesen, der sozialdemokratische Antrag wird in zweiter Lesung angenommen.

Dann teilt Präsident Löbe dem Hause mit, daß er mit dem Reichskanzler die Frage besprochen habe, ob und wann die außenpolitische Debatte stattfinden könne. Der Reichskanzler habe erklärt, daß es gegenwärtig nicht wünschenswert wäre, in die außenpolitische Debatte einzutreten, weil wichtige diplomatische Verhandlungen, die gegenwärtig schweben, dadurch gestört würden. Dann hätte aber, wie Präsident Löbe weiter mitteilt, das Haus sehr wenig Beratungsstoff, weil alles noch in den Ausschüssen liege. Es sei daher zu erwägen, den Montag und Dienstag sitzungsfrei zu lassen.

### Abg. Dittmann (Soz.):

Wir haben gehört, daß die Regierung eine außenpolitische Debatte nicht wünscht, bevor die Note abgesandt ist. Wir erheben den schärfsten Einspruch dagegen, daß der Reichstag in dieser wichtigen Frage ausgeschaltet werden soll. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir sind ferner der Meinung, daß das Plenum seine Beratungen am Montag und Dienstag nicht aussetzen soll. Alle Fraktionen haben Anträge und Interpellationen eingebracht, an denen sie stark interessiert sind und deren Erledigung bisher zurückgestellt worden ist.

Abg. v. Graefe (Völk.) ersucht, heute noch einmal im Aeltestenrat darüber mit dem Außenminister zu verhandeln, daß die außenpolitische Debatte Anfang der nächsten Woche erfolgt. Die Völkischen wünschten unter allen Umständen die sofortige außenpolitische Debatte.

### Staatssekretär Kempner:

Im Auftrage des Reichskanzlers habe ich zu erklären, daß die Debatte über die außenpolitische Lage noch vor den Sommerferien stattfinden wird und zwar, sobald die Antwortnote überreicht ist. (Lebhaftes Hört, hört! links).

Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) erklärt, ein derartiges Vorgehen der Regierung würde in keinem anderen Parlament Europas möglich sein. (Gelächter rechts). Die Kommunisten müßten unbedingt auf der sofortigen außenpolitischen Debatte bestehen.

### Abg. Breitscheid (Soz.):

Wir sind bereit, dem Antrag Graefe zuzustimmen, wir sind doppelt bereit dazu, nachdem die Regierung ihre Erklärung abgegeben hat. Wir verlangen, daß die Regierung ihre Gründe darlegt, aus denen sie nicht in der Lage sei, hier in einer außenpolitischen Debatte Rede und Antwort zu stehen. Wir legen den allergrößten Wert darauf, daß die Debatte über den Sicherheitspakt und die anderen damit zusammenhängenden Gegenstände erfolgt, bevor die Note herausgegangen ist. Was die Richtlinien der Volkspartei darüber sagen, ist keine bündige Antwort, wir verlangen sie aus autorisiertem Munde. Das ist keine Politik, nachträglich die Mißbilligung auszusprechen. Der Reichstag muß wissen, was gespielt wird. Das ist um so notwendiger, als wir doch oft genug gehört haben, daß nach dem Kriege der Geheimdiplomatie ein Ende bereitet werden soll. (Stürmische Zwischenrufe rechts). Es ist uns unverständlich, daß Volksvertreter sich selbst davon ausschalten wollen, ihren Einfluß auszuüben. (Lachen rechts.) Nun hat zwar die Volkspartei ihre Richtlinien herausgegeben. Wir haben aber das Recht, zu erfahren, ob das die Richtlinien der Volkspartei oder die Richtlinien der Regierung sind. Wir müssen wissen, ob diese Richtlinien Herr Stresemann der Deutschen Volkspartei, oder die Deutsche Volkspartei Herrn Stresemann vorgeschrieben hat. (Sehr richtig b. d. Soz.) Die deutschnationale Presse hat ja den Richtlinien nicht zugestimmt, es ist also immer noch zweifelhaft, ob das die Richtlinien der Regierung sind. Im Plenum des Reichstages muß darüber Auskunft gegeben werden. Die Voraussetzung des internationalen Eingreifens der Regierung und der Regierungsparteien ist doch das Angebot vom Februar. Eines der Regierungsmitglieder, der Innenminister Schiele, hat noch am 25. Mai erklärt, daß ihm das Angebot der Regierung nicht bekannt sei. (Stürmisches Hört, Hört! links).

Abg. Fehrenbach (Ztr.): Montag und Dienstag sollten keine Sitzungen stattfinden, damit die Ausschüsse ihre wichtigen Beratungen für das Plenum reif machen können. Bezüglich der Debatte über die außenpolitische Lage hat der Reichskanzler im Aeltestenrat nichts davon gesagt, daß die Debatte erst nach Absendung der Note erfolgen soll. Der Reichskanzler hat aber den Wunsch geäußert, im Aeltestenrat Auskunft über die Gründe zu geben, welche es geboten erscheinen ließen, die außenpolitische Debatte zurückzustellen. Vielleicht könnte der Reichskanzler auch im Auswärtigen Ausschuß diese Gründe am nächsten Mittwoch auseinandersetzen. Bis dahin geht die Note ja noch nicht heraus. (Beifall rechts.)

Präsident Löbe: Der Reichskanzler hat sich bereit erklärt, die Gründe gegen die sofortige Außendebatte darzulegen; aus der soeben gegebenen Erklärung geht aber hervor, daß wir uns über den Zeitpunkt der außenpolitischen Debatte klar sein sollen.

Abg. Haas (Dem.): Wir wünschen auch eine außenpolitische Debatte vor Absendung der Note, haben aber auch in der Opposition die Pflicht der Verantwortung, und müssen daher vorher den Reichskanzler hören. Mit dem Außenminister könnten wir uns nur begnügen, wenn wir wüßten, daß beide einer Meinung sind. Mir scheint aber das Durcheinander der Regierungsparteien so groß zu sein, daß ich die Auffassung habe, durch den Reichskanzler vielleicht besser informiert zu werden. Die Aussprache muß so schnell wie möglich mit dem Reichskanzler erfolgen.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt, den Reichsaußenminister Stresemann sofort vor den Reichstag zu rufen, um die Gründe der Regierung für die Hinauszögerung der Debatte zu hören.

Abg. Fehrenbach (Ztr.) fragt den im Saale befindlichen Reichsarbeitsminister, ob nach seiner Ansicht eine Absendung der Note über den Sicherheitspakt in Frage käme, bevor der Reichskanzler mit dem Kabinett einig sei, und seine Erklärungen vielleicht dem Auswärtigen Ausschuß abgegeben habe.

### Reichsarbeitsminister Brauns:

Der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsaußenminister sind gegenwärtig nicht in Berlin. (Zuruf des Abg. Höllein (Komm.): „Die haben sich gedrückt!") Ich bin aber davon überzeugt, daß der Reichskanzler bereit ist, mit den Fraktionen in den nächsten Tagen Fühlung zu nehmen. Die Antwortnote wird nicht beschlossen werden, bevor diese Fühlungnahme stattfand.

Das Haus lehnt dann gegen die Stimmen der Völkischen, Sozialdemokraten und Kommunisten den Antrag ab, am nächsten Montag die außenpolitische Debatte stattfinden zu lassen. Die Entscheidung über diese Debatte wird erst nach den angekündigten Erklärungen des Reichskanzlers stattfinden. — Der Ablehnung verfiel gegen die gleichen Stimmen, aber noch mit Einschluß der Demokraten, der Antrag Henning (Völk.), keinesfalls die Note über den Sicherheitspakt abzusenden, bevor die Aussprache im Reichstage stattgefunden hat. — Unter Ablehnung aller anderen Anträge beschloß das Haus, die nächste Sitzung erst am Mittwoch stattfinden zu lassen.

Jetzt wendet sich das Haus der ersten Beratung des Gesetzentwurfes über den

**Ausbau der Angestelltenversicherung**

zu. Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um ⅓, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um ⅓ vor.

### Abg. Aufhäuser (Soz.):

Die Regierung läßt die sozialen Notstände immer an sich herankommen und sucht die kleineren Uebel durch kleine Vorlagen zu beseitigen, statt nach einem großzügigen Sozialprogramm zu arbeiten. Sobald es sich um die Interessen der Agrarier und Industriellen handelt, sehen wir eine außerordentliche Aktivität der Regierung, gegenüber der Lage der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Sozialrentner zeigt die Regierung dagegen eine unerhörte Passivität. Auch der uns jetzt vorliegende Gesetzentwurf zeigt, daß von der bei der Hindenburgwahl versprochenen „Rettung" nichts verwirklicht wird. Die Vorlage flickt nur ein wenig an der Angestelltenversicherung herum, sie bringt keine wesentliche Verbesserung. Was für sie angeführt wird, ist keine Begründung für die Erhöhung der Beiträge um ein Drittel. Die sozialdemokratische Fraktion hat nun einen Antrag gestellt, nach dem mit sofortiger Wirkung eine Erhöhung der Renten aus der Invalidenversicherung um monatlich mindestens 10 Mark für den Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente und um monatlich mindestens 5 Mark für den Empfänger einer Waisenrente erfolgen soll. Die Mittel dafür sind in erster Linie durch Reichszuschuß zu decken und nur der dann noch etwa verbleibende Fehlbetrag durch Erhöhung der Beiträge. Die Regierung hat versprochen, daß sie diesem Antrage im Herbst entgegenkommen wolle, die Sozialdemokraten werden aber nicht bis dahin warten. Auch bei dieser Vorlage sehen wir, daß die Regierung die Einnahmen erhöhen will, indem sie die Lasten auf die schwächsten Schultern zu legen sucht. Wer das Elend unter den Angestellten kennt, der wird sich dagegen wenden müssen, daß ihre Beitragslast in unerträglicher Weise gesteigert wird.

Für die Arbeitsweise der Regierung ist kennzeichnend, daß ursprünglich die Angestellten und Lehrlinge mit einem Einkommen von unter 25 Mark monatlich von der Beitragszahlung befreit waren. Selbst diese bescheidene Verbesserung glaubte das soziale Gewissen des Reichsrats nicht tragen zu können, er hat diesen Angestellten noch die Hälfte der Beiträge aufgebürdet. Uns ist die Grenze von 25 Mark noch zu gering, wir verlangen eine wesentliche Erhöhung der Grenze für die Beitragsbefreiung. Wenn die Unternehmer über die schweren sozialen Lasten klagen, die im übrigen gar nicht so hoch sind, wie sie es immer darstellen, so muß man doch auf der anderen Seite berücksichtigen, daß der Nominallohn der Arbeiter und Angestellten nicht höher, der Reallohn geringer ist als vor dem Kriege, dagegen müssen sie höhere Beiträge zahlen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wo bleibt der Ausbau in der Versicherung in bezug auf das Heilverfahren? Es ist noch immer der Willkür der Instanzen ausgeliefert. Wir verlangen, daß es obligatorisch ausgestaltet wird und auch bei der Invalidenversicherung das gleiche Obligatorium geschaffen wird. Wir verlangen weiter die Regelung der Sonderversicherung für solche Angestellte, die vorher als Arbeiter tätig waren. Es gibt fast einen ganzen Beruf, den der deutschen Werkmeister, die wie in der Textilindustrie, in der Metallindustrie aus Arbeiterkreisen hervorgegangen sind, und bei denen die Angestelltenversicherung auf ihre frühere Beitragszahlung keine Rücksicht nimmt. Verhandlungen und Erwägungen genügen jetzt nicht mehr, wir müssen endlich anfangen, nicht nur die Beiträge zu erhöhen, sondern auch organische Verbesserungen an der Angestelltenversicherung vornehmen. Die Angestellten-Gewerkschaften haben nicht ohne Erfolg für bessere Verhältnisse in der Verwendung der Versicherungsgelder im Geldverkehr und Kreditwesen der Versicherungsanstalten gesorgt. Wir hoffen, daß hierin die Gesundung fortschreitet.

Dabei muß auch ein Wort über die Verfassung der Angestelltenversicherung gesprochen werden. Wir brauchen hier die Selbstverwaltung, vor allem kürzere Fristen für die Wahlen, zum mindesten die vierjährige Wahlfrist, wie sie schon in anderen Zweigen der Sozialversicherung besteht. Für die oberen Aemter haben Wahlen überhaupt noch nicht stattgefunden, trotzdem die Novelle schon im Jahre 1922 verabschiedet worden ist. Die letzte Wahl ist von Vertrauensmännern vorgenommen worden, die unter ganz anderen Voraussetzungen gewählt worden waren. (Hört! hört!) Wir ersuchen das Reichsarbeitsministerium, möglichst noch in diesem Jahre den Zeitpunkt für die Neuwahl anzusetzen, dann aber auch in einer Form, die das doppelt indirekte System beseitigt. In dieser Linie werden wir im Ausschuß arbeiten und durch eine Verbesserung der Vorlage einen wirklichen Ausbau der Angestelltenversicherung zu erreichen suchen. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Torgler (Komm.) kann in der Vorlage auch keinen Fortschritt für die Angestellten sehen.

Abg. Eichhorn (Komm.) beantragt die Vertagung.

Abg. Höllein (Komm.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. — Der Entwurf über die Angestelltenversicherung wird dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. — Das Büro ist sich einig, daß das Haus beschlußunfähig ist. Die Sitzung wird daher auf Mittwoch vertagt.

## Der Aufwertungsausschuß des Reichstags

beschäftigte sich am Sonnabend mit dem Vorschlag des demokratischen Abgeordneten von Richthofen-Hannover, der ein ganz neues System der Anleiheaufwertung vorsieht. Der Vorschlag läuft darauf hinaus, ein börsenfähiges und hochwertiges Papier zu schaffen, dessen Kurs sich nach Ansicht des Antragstellers, unter Berücksichtigung des 70prozentigen Typs, mit aller Wahrscheinlichkeit über Pari bewegen wird. Der Antrag sieht weiter eine mäßige Erhöhung der Aufwertung vor. Zusammengefaßt stellt sich die Belastung des Reiches durch die Einführung des von Richthofen vorgeschlagenen Systems auf 133,120 Millionen Reichsmark gegenüber einer Belastung von 125,6 Millionen Reichsmark, die nach den Beschlüssen der ersten Lesung 30 Jahre hindurch zu tragen sind. Die Regierung ließ erklären, daß die mit dem Antrag Richthofens verbundene Belastung für das Reich untragbar sei. Auch Abg. Dr. Emminger (B. Vp.) äußerte Bedenken gegen den demokratischen Antrag. Dr. Külz (Dem.) beantragte, den Reichsbankpräsidenten zu den Beratungen heranzuziehen. Dieser Antrag wurde angenommen und die Besprechung über den Antrag Richthofen abgebrochen. Darauf vertagte sich der Ausschuß.

## Das vorläufige Ergebnis der Volkszählung im Deutschen Reich.

Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Reichsamtes über die von den Gemeinden und den statistischen Landesämtern ermittelten vorläufigen Ergebnisse der Reichsvolkszählung vom 16. Juni 1925, beträgt die Bevölkerung des Deutschen Reiches ohne Saargebiet 62½ Millionen. Rechnet man auch noch das Saargebiet, in dem wegen seiner vorübergehenden Lostrennung von der deutschen Verwaltung nicht gezählt werden konnte, mit seinen rund 750 000 Einwohnern hinzu, so beziffert sich die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches heutigen Umfanges auf 63¼ Millionen Einwohner. Das ist etwa die gleiche Bevölkerungszahl, wie sie das Deutsche Reich früheren Umfanges bereits Ende 1908 aufzuweisen hatte. Bei Ausbruch des Weltkrieges zählte das Deutsche Reich bereits 68 Millionen Einwohner. Für das Reich innerhalb seiner heutigen Grenzen (jedoch ohne Saargebiet) hat sich nach der Zählung vom 16. Juni gegenüber der Zählung vom 8. Oktober 1919 eine Zunahme der Bevölkerung um rund 3,3 Millionen oder 5,6 v. H. ergeben. Im vorhergehenden Zählungszeitraum 1910 bis 1919 betrug infolge der Kriegsverluste die Zunahme der Bevölkerung im heutigen Reichsgebiet lediglich 1,4 Millionen oder 2,4 v. H. Gegenüber der letzten Vorkriegszählung, 1. Dezember 1910, hat sonach die Zählung vom 16. Juni eine Zunahme von rund 4,7 Millionen oder um 8,1 v. H. ergeben. Auf dem heutigen Reichsgebiet (jedoch ohne Saargebiet) wurden gezählt:

| | | Einwohner | männlich | weiblich |
|---|---|---|---|---|
| 1925 | (16. 6.) | 62 468 762 | 30 168 033 | 32 300 729 |
| 1919 | (8. 10.) | 59 178 185 | 28 171 980 | 31 006 205 |
| 1910 | (1. 12.) | 57 798 369 | 28 489 817 | 29 308 552 |

# Der Fall Robert Robertson.

Roman von Sven Elvestad.

14]

Eines Abends spät rief er noch bei Professor Hellor an und fragte:

„Wenn Sie einen Menschen erschießen wollen, Herr Professor, können Sie ihn dann mit einer Revolverkugel so treffen, daß der ganze Schädel gesprengt wird?"

„Ich habe Ihnen ja schon mal gesagt, daß man einen bestimmten Punkt treffen muß. Ich könnte es, weil ich Chirurg bin."

„Wenn aber Dr. Gravenhag sich das Leben nehmen wollte, hätte er es dann auch gekonnt?"

„Gewiß, Gravenhag war ja auch Chirurg. Aber es ist ausgeschlossen, daß er sich selbst das Leben genommen hat."

„Ich weiß, daß es ausgeschlossen ist," antwortete Fenneslew.

„Warum fragen Sie denn?"

„Ich habe aus einem anderen Grunde gefragt," antwortete Fenneslew.

XVIII.

Inzwischen begann das Interesse des Publikums für diese Sache zu erlahmen. Die allgemeine Meinung war, daß Dr. Gravenhag von einem Dieb erschossen worden sei, der sich in der Wohnung versteckt gehalten und nicht Zeit gefunden hatte, andere Wertgegenstände als Uhr und Geld an sich zu nehmen.

Was die Polizei betrifft, so konnte sie natürlich ein solches [illegible]

[illegible] lich keineswegs den Detektiven, wie man sie in Filmen zu sehen gewohnt ist, die aus dem Auto steigen und dem wartenden Diener ihren Mantel zuwerfen — er war meistens zu Rad, mit Spangen an den Hosen, ein Bauernjunge, mit klarem, scharfem Verstand.

Professor Hellor wunderte sich über ihn, wurde ihm aber nicht böse, obgleich er eigentlich Grund dazu gehabt hätte, denn Fenneslew widmete ihm ein Interesse, das den Professor davon überzeugte, daß der eifrige Polizeikommissar mit ihm, dem Professor, als Mörder rechnete. Er tat es aus Prinzip, dachte Professor Hellor, er will nicht die geringste Möglichkeit, mag sie auch noch so phantastisch sein, außer acht lassen. Und Fenneslew, der diesen Teil der Untersuchung übrigens ganz allein und diskret betrieb, ruhte nicht eher, als bis er den Beweis erbracht hatte, daß Professor Hellor unmöglich der Mörder seines Kollegen sein konnte. Erstens lag nicht der geringste Grund zu solcher Handlung vor, und zweitens brachte er schließlich das Alibi des Professors ins reine. Einige Freunde des Professors hatten ihn zwischen elf und zwölf Uhr gesprochen, als er gerade von seinem Besuch bei Gravenhag gekommen war. Dann war er nach Hause gegangen. Um zwei Uhr war er wegen eines Krankheitsfalles, der sofortiges Eingreifen verlangte, ins Krankenhaus gerufen worden. Nach der Operation hatte er in seinem Zimmer im Hospital zwischen vier und sieben Uhr geschlafen und war dann geweckt worden. Schließlich wurde Fenneslew auch noch der Autos habhaft, die Professor Hellor zum Krankenhaus gefahren hatten und wieder zurück.

Lange hatte Fenneslew versucht, zwischen Frau Merete Gravenhag und dem Mord eine Verbindung zustande zu bringen, [illegible]

gründlich, wohin er aber auch geriet und was er auch erfuhr, es brachte ihn der Lösung nicht um das Geringste näher. Auch was er an Einzelheiten über den Ermordeten erfuhr, gab ihm keine Aufklärung. Es schien ein Verbrechen ohne Voraussetzungen, ohne Anfang und ohne Ende zu sein. Fenneslew kam schließlich zu dem Schluß, daß der Mord vielleicht nur durch einen Zufall geschehen, daß der Schlag gegen einen ganz anderen gerichtet gewesen war.

Es vergehen zwei Monate, der dritte ist schon vorgeschritten. Der Hochsommer liegt betäubend heiß über Seeland, die Badeorte längs der Küste sind voll von Sommergästen, die ganze wundervolle Strandlinie leuchtet farbig von den Markisen der Hotelfassaden und den bunten Sonnenschirmen der Damen. Die Wohnungen in Kopenhagen sind verschlossen, während die Straßen und die Vergnügungsetablissements von Fremden wimmeln, Durchreisenden, die sich einige Tage in der Stadt amüsieren, bevor sie an die See oder nach Norwegen weiterreisen. Es ist die sogenannte Saurengurkenzeit, niemand scheint zu Hause zu sein, und die Zeitungen sind voll von Nichtigkeiten.

Und an einem solchen Nachmittag tritt ein Herr in der Redaktion der Zeitung „Politiken" und öffnet ein Telegramm, das ihn in äußerste Bestürzung versetzt. Dies Telegramm betrifft Dr. Gravenhag. Der Inhalt ist so unglaublich, daß er im ersten Augenblick meint, die Zeitung sei Gegenstand einer Mystifikation. An der Unterschrift aber sieht er, daß der Absender einer der zuverlässigsten Korrespondenten der Zeitung ist.

XIX.

Der Empfänger des Telegramms war zufällig der Polizeireporter der Zeitung. Darum setzte er sich sofort mit einem seiner Freunde in der Detektivabteilung in Verbindung, um mit ihm zusammen den Inhalt des Telegramms zu besprechen. Dabei zeigte es sich, daß auch die Polizei eine ähnliche telegraphische Mitteilung aus Berlin bekommen hatte.

Das Telegramm, das an die Zeitung gerichtet war, meldete kurz und bündig, daß in einem Zimmer des Hotels Kaiserhof ein Mord unter höchst seltsamen Umständen stattgefunden habe. Ein vierzigjähriger Mann war ermordet aufgefunden worden. Er war offenbar unter falschem Namen ins Hotel eingekehrt, hatte sich als Dr. [illegible] ins Fremdenbuch eingetragen. Einige Tage darauf hatte man ihn erschossen im Zimmer aufgefunden. Aus seinen Papieren ging hervor, daß er Dr. Gravenhag aus Kopenhagen sei.

(Fortsetzung folgt.)

# Die Internationale zum Problem der Friedenssicherung.

**London**, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der erweiterten Sitzung des Büros der Sozialistischen Internationale, die am Sonnabend begann und an der Vertreter der deutschen, belgischen, französischen, deutschböhmischen, tschechischen, österreichischen und russischen Sozialdemokratie teilnehmen, faßte am Sonnabend eine Entschließung zur internationalen Politik, in der es u. a. heißt:

„Die Internationale bekräftigt von neuem ihren entschlossenen Willen, von allen Regierungen Europas und der ganzen Welt eine Politik des Friedens zu verlangen, gestützt auf einen weiter ausgebauten und demokratisierten Völkerbund. Die Internationale gibt nochmals der Auffassung Ausdruck, daß der Völkerbund alle Völker mit gleichen Rechten umfassen soll und es für das Wohl Europas besonders wünschenswert ist, daß Deutschland und Rußland dem Völkerbund angehören. Die Internationale stellt fest, daß alle ihr angeschlossenen Parteien darin einig sind, die Annahme des Genfer Protokolls in allen Parlamenten und seine Durchführung durch alle Regierungen zu fordern. Sie betrachtet das Genfer Protokoll als den Ausdruck und die Verwirklichung des Völkerbundspaktes und der Grundsätze allgemeiner Schiedsgerichtsbarkeit, die allen Völkern Sicherheit geben und der Welt die Abrüstung bringen kann.

Im Hinblick auf den Sicherheitspakt fordert die Internationale, daß alle Anstrengungen gemacht werden, um die endgültige Durchführung des Genfer Protokolls zu erlangen. Die Internationale fordert die angeschlossenen Parteien auf, solange bis ein Ergebnis nicht erzielt werden kann, darüber zu wachen, daß kein Teilvertrag abgeschlossen wird, der im Widerspruch zu den oben niedergelegten Grundsätzen steht. Jene angeschlossenen Parteien, zwischen denen Uebereinstimmung darüber erzielt wird, einen solchen Vertrag ins Werk zu setzen, werden darüber wachen, daß er im Rahmen und unter der Kontrolle des Völkerbundes geschlossen wird, daß er nicht gegen die Schiedsgerichtsbarkeit und die Abrüstung ausgespielt und nicht gegen eine oder mehrere andere Mächte gerichtet w[ird]. Mit Rücksicht auf die besonderen osteuropäisch[en] Gefahren werden die angeschlossenen Parteien ins[be]sondere erstreben, daß die zwischen Deutschland auf der einen und Polen und der Tschecho-Slowakei auf der anderen Seite abzuschließenden Schiedsgerichtsverträge nicht unter eine einseitige, sondern unter eine wirklich internationale Garantie gestellt werden. Die angeschlossenen Parteien werden die Beratung des Sicherheitspaktes zum Anlaß nehmen, um ihre Vorschläge zu machen und in den Parlamenten ihre Stellung gegenüber dem Genfer Protokoll zu betonen."

* * *

Die praktische Bedeutung dieser Beschlüsse ist vor allem dadurch recht erheblich, daß die englische Rechtsregierung einen endgültigen Garantiepakt nicht ohne Zustimmung der von der englischen Arbeiterpartei geführten Opposition ihres Landes abschließen will, um auch jede zukünftige englische Regierung an ein internationales Abkommen von so weitgehenden Folgen zu binden. In Belgien liegt ja aber jetzt bekanntlich sogar die Führung der Außenpolitik in Händen unseres Genossen Vandervelde.

## Belgien gibt bedingungslose Unterschrift des Achtstundentags-Abkommens.

Der belgische Minister für Arbeit und Industrie, Genosse Wauters, erklärte dem Brüsseler Vertreter des „Soz. Pressedienst" folgendes: „Wir werden unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag in der Kammer einbringen. Seine Annahme ist gesichert. Ich hoffe, daß man die Bedeutung dieses Schrittes namentlich auch im Auslande anerkennen wird. Bisher wurde unserer Forderung auf Ratifizierung des Washingtoner Abkommens immer entgegengehalten, daß sie unsere Industrie gegenüber der anderen Länder, die den Achtstundentag nicht einhalten, in gefährlicher Weise schädigen würde. Es wurde deshalb sogar von Freunden des Achtstundentages eine bedingte Ratifizierung vorgeschlagen, d. h. die Ratifizierung sollte erst dann in Kraft treten, wenn die hauptsächlichsten Konkurrenzländer das Abkommen gleichfalls ratifiziert haben würden. Die Erfahrung hat uns aber gezeigt, daß wir mit der Methode der bedingten Ratifizierung nicht vom Fleck kommen. Jedes Land möchte da dem anderen den Vorrang gewähren und keines entschließt sich, den ersten Schritt zu tun. Wir haben uns deshalb entschlossen, zur unbedingten Ratifizierung zu schreiten, d. h. ohne Rücksicht darauf, was andere Länder tun oder lassen mögen.

Wir erfüllen damit in unserem Lande selber eine durchaus berechtigte Forderung unserer Arbeiter, die den Achtstundentag dauernd gegen jede Möglichkeit des Angriffes gesichert sehen wollen. Wir glauben allerdings, daß nun, wo der Achtstundentag für die Dauer von zehn Jahren gegen jede Anfechtung gefeit sein wird, auch unsere Arbeiter mit größerer Ruhe und Zuversicht die im Interesse der Produktion etwa nötigen zeitweiligen Ausnahmen annehmen können.

Andererseits wollen wir mit der unbedingten Ratifizierung des Washingtoner Abkommens aber auch den anderen Ländern ein Beispiel geben, dessen Nachahmung wir von ihnen erwarten. Die französische Regierung hat sich bereits für die Ratifizierung des Abkommens ausgesprochen. Wir hoffen, daß England und Deutschland nunmehr nicht zögern werden, den gleichen Schritt zu tun. Wir möchten annehmen, daß unser praktischer Schritt es den Arbeitern in Deutschland, England und anderen Ländern erleichtern wird, die Widerstände gegen die Ratifikation des Washingtoner Abkommens zu überwinden."

## Protest gegen das Moskauer Bluturteil.

Der „Welt am Montag" zufolge hat die Deutsche Liga für Menschenrechte an den Rat der Volkskommissare in Moskau folgendes Telegramm gesandt: Die Deutsche Liga für Menschenrechte nimmt gegen jede Regierung das Primitivste des Menschen auf sein eigenes Menschenrecht wahr. Sie hat gegen die Todesurteile der bulgarischen Regierung öffentlich protestiert, sie hat sich gegen die Todesurteile des Leipziger Gerichts gewandt und sie appelliert an die russische Regierung auf Nichtvollstreckung der russischen Todesurteile gegen die drei Deutschen um so mehr, da niemand durch die Verurteilten zu Schaden gekommen ist und Rußland die Todesstrafe als legales Mittel abgeschafft (!) hat.

Wie Berliner Blätter aus Moskau erfahren, hat der Verteidiger des zum Tode verurteilten lettischen Staatsangehörigen Dittmar ein Gnadengesuch eingereicht.

## Die Sozialisten stärkste Partei in Holland.

Nach den vollständigen Berichten über die holländischen Wahlen haben die Rechtsparteien im ganzen 68, die Linksparteien 42 Sitze erhalten. Der Block der Linken bleibt somit in der Minderheit, obwohl die Linksparteien 2 Sitze gewonnen haben. Die Wahlbeteiligung betrug 1 635 000 gegenüber 1 598 000 im Jahre 1922. Die Sozialisten haben den größten Stimmenzuwachs zu verzeichnen — von 405 000 um 95 000 auf 500 000. Obwohl sie die zahlenmäßig stärkste Partei sind, haben sie nur 24 Sitze erhalten, die Katholiken jedoch mit 242 000 Stimmen 30 Sitze. Der Zuwachs der Katholiken betrug nur 8000 Stimmen. Die sogenannten Gegenrevolutionäre haben 37 000 Stimmen und drei Sitze, die Kommunisten 15 000 Stimmen und 1 Sitz verloren. Der Stimmenanteil der Sozialisten im ganzen Lande ist von 20,6 auf 25,4 Prozent gestiegen, in Amsterdam von 29 auf 37 Prozent, in Rotterdam von 33,5 auf 38 Prozent, im Haag von 24 auf 29 Prozent und in Utrecht von 28 auf 31 Prozent.

## Französischer Rückzug in Marokko.

Paris, 6. Juli. (Funkbericht).

Ein amtlicher Bericht des Kriegsministeriums, dessen Zweck es ist, die öffentliche Meinung des Landes zu beruhigen, bestätigt den außerordentlich bedrohlichen Charakter, den die militärische Lage in Marokko für Frankreich angenommen hat. Es geht daraus unter anderem hervor, daß die Stellungen der Gegend von Taza, deren Abfall schon seit mehreren Tagen befürchtet worden war, nunmehr zu den Rifleuten übergegangen sind. Infolgedessen sah sich das französische Oberkommando gezwungen, einen Teil der bisher an der östlichen Front gehaltenen Stellungen aufzugeben.

Die Regierung wird heute vormittag zu einem außerordentlichen Ministerrat zusammentreten, um sich mit der kritischen Lage in Marokko zu befassen. Zweck der Beratung soll sein, einen Oberbefehlshaber für Marokko zu ernennen. Dafür soll der bisherige Oberkommandierende der Rhein-Armee, General Guillaumat, in Aussicht genommen sein.

## Kleine Auslandsnachrichten.

**Internationale Funkregelung.** Am Montag beginnt in Genf eine internationale Konferenz zur Regelung des Funkverkehrs. Auf der Tagung werden 70 europäische Sendestationen vertreten sein. Der Hauptzweck der Konferenz ist die Verteilung der bestehenden Stationen auf die einzelnen Wellenlängen.

**Ein polnisch-russischer Grenzzwischenfall** führte zur Verletzung mehrerer polnischer und russischer Soldaten und zu einer Beschwerdenote aus Moskau, die aber nicht allzu scharf gehalten ist, sondern sofort ein Schiedsgericht vorschlägt.

**Im Finanzausschuß des polnischen Parlaments** berichtete am Freitag Ministerpräsident Grabski über die Finanzlage Polens. Da ein Budgetausgleich jetzt sicher ist, sei Inflationsgefahr nicht mehr vorhanden. Die alarmierenden Gerüchte über ein neues Sinken des polnischen Geldes beruhten auf Unwissenheit oder Mißgunst. Die bisher ausgegebenen provisorischen Kassenscheine sollten allmählich eingezogen und neue nicht ausgegeben werden.

**Zu den großen polnischen Herbstmanövern in Pommerellen** und Wolhynien hat die polnische Regierung eine Reihe hoher Offiziere aus verbündeten und befreundeten Staaten eingeladen. Frankreich wird durch Marschall Petain vertreten werden, die Tschechoslowakei durch die Generäle Mittelhauser und Syrovy, Rumänien, Jugoslawien und Estland werden ihre Generalstabschefs abdelegieren. In Warschauer politischen Kreisen verlautet, daß auch der Kronprinz von Rumänien den Manövern beiwohnen wird.

## Landfriedensbruch reaktionärer Studenten.

**Tübingen**, 4. Juli. (Eigener Bericht.) Anläßlich eines vom Republikanischen Studentenbund in Tübingen veranstalteten Vortrages von Gumbel-Heidelberg kam es zu einer schweren Ausschreitung nationalistischer Studenten. Sie wollten die Abhaltung des Vortrages verhindern. Schon vor Beginn der Veranstaltung wurde die zur Teilnahme an der Versammlung eingeladene Ortsgruppe Reutlingen des Reichsbanners, als sie in Stärke von 40 Mann auf Lastkraftwagen ankam, von hunderten radaulustigen Studenten mit Schmährufen empfangen. Im Saal kam es zu so heftigen Lärmszenen, daß die Polizei den Saal mit Unterstützung des Reichsbanners räumte. Als dann die Versammlung auf Wunsch der Polizei in einem anderen Saale fortgeführt werden sollte, wurde das Lokal von hunderten von nachkommenden Studenten mit Pflastersteinen, Ziegelsteinen, Bleikugeln, Holzscheiten und Flaschen bombardiert, so daß kein Fenster ganz blieb. Schließlich mußte die Feuerwehr alarmiert werden. Sie ging mit zwei Schlauchleitungen gegen die Störenfriede vor. Ihr Rückzug erfolgte aber erst, nachdem eine Hundertschaft der Schupo und Landjäger den Platz geräumt hatten. Die Reichsbannerleute hatten zwei Verletzte, die sich in ärztliche Behandlung begeben mußten.

## Aus dem Reiche.

**Die Bezirksvorstände der Sozialdemokratischen Partei Sachsens** traten am Freitag zu einer Sitzung zusammen und beschlossen unter anderem, den Landesparteitag zum 5. und 6. September d. Js. nach Chemnitz einzuberufen. Zu den Entscheidungen der Schiedsgerichte wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Art der Verhandlungsführung in Leipzig durch den Vorsitzenden Genossen Deist ließ jede Objektivität vermissen. Das elementarste Rechtsempfinden muß es ferner verletzen, daß derselbe Schiedsrichter, der, wie Genosse Deist, sich durch seinen Spruch in dem Leipziger Verfahren bereits festgelegt hatte, auch für die anderen Schiedsgerichte als Vorsitzender bestellt wurde. Die Formulierung der Urteilsbegründung erfolgte ohne jede Mitwirkung der Beisitzer. Nach § 28 des Organisationsstatuts ist jedes Mitglied bei beharrlichem Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation mit dem Ausschluß bedroht und untersteht der Beurteilung des Bezirksvorstandes und des Schiedsgerichts. Dieses beharrliche Zuwiderhandeln sehen die Bezirksvorstände darin, daß die in der Berliner Resolution formulierten Rechte der sächsischen Bezirksorganisationen landespolitisch bindende Beschlüsse zu fassen, von den ausgeschlossenen Abgeordneten dauernd verletzt worden sind. Aus diesen Gründen sehen sich die Bezirksvorstände nicht in der Lage, die Schiedsgerichtsurteile in Leipzig und Dresden formell und materiell anzuerkennen."

Der Parteivorstand veröffentlicht gestern im „Vorwärts" das Ergebnis der sächsischen Schiedssprüche und nimmt gleichzeitig vermittelnd dazu Stellung; ein Ausschluß der Landtagsabgeordneten, die sich gegen die Landtagsauflösung wandten, käme nicht in Frage, da ihre Haltung durch den Beschluß des letzten Reichsparteitages zur sächsischen Politik gedeckt sei und daher der Gegensatz zu Beschlüssen der Landesorganisationen noch keinen Disziplinbruch darstelle. Nach Zurücknahme der Ausschlußanträge sei aber jetzt Landtagsauflösung im Sinne der Mehrheit der sächsischen Parteigenossen zu empfehlen. — Wir geben unseren Lesern noch ausführlicheres Material zur eigenen Urteilsbildung, nachdem durch die Parteivorstandserklärung jetzt der Augenblick zu einer endgültigen Einigung in dem unseligen sächsischen Konflikt endlich nähergerückt zu sein scheint.

**Bannerweihe in Brandenburg.** In Anwesenheit von weit über 10 000 Reichsbannerkameraden aus der gesamten Provinz Brandenburg fand am Sonntag die Bannerweihe des Reichsbanners Brandenburg unter starker Beteiligung der Bevölkerung statt. Die Stadt wies an den öffentlichen und privaten Gebäuden reichen Flaggenschmuck auf. Genosse Stelling feierte in seiner Festrede schwarz-rot-gold als die Flagge Großdeutschlands und als das Banner der Demokratie und der Völkerversöhnung. Die Weihe des neuen Banners, das von einem Brandenburger Republikaner gestiftet wurde, nahm der demokratische Reichstagsabgeordnete, Prof. Bergsträßer vor.

**Im Steuerausschuß des Reichstages** schlossen sich am Sonnabend der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold und der württembergische Dr. Linck im großen und ganzen der Kritik an, die am Freitag der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff an den Finanzplänen der Reichsregierung geübt hatte. Dr. Reinhold erbot sich gegenüber den Vorwürfen der Verschwendung in den Ländern eingehende Unterlagen über die sächsischen Finanzen vorzulegen. Er bat, den bestehenden Ausgleich zu verlängern, bis diese Unterlagen geprüft sind und das endgültige Schicksal der Hauszinssteuer entschieden sei.

Im Namen der Regierung erklärte Staatssekretär Dr. Popitz, daß das Problem der Hauszinssteuer jetzt mit entschieden werden soll; weiter betonte er, daß das Reich auf seine Forderung nach 90 Prozent der Einkommensteuer (die Länder verlangen bekanntlich 75 Prozent von derselben Steuer) nicht verzichten könne.

# Aus aller Welt.

### Amundsens Ankunft in der norwegischen Hauptstadt.

In Anwesenheit einer ungeheuren Menschenmenge erfolgte gestern in Oslo (früher Christiania) die Ankunft der Polarflieger, die von der norwegischen Königin, welche sich in ein Motorboot zu ihrem Empfange begeben hatte, begrüßt wurden. Storthingpräsident Lykke hieß die Polarflieger mit einer Ansprache willkommen. Amundsen erwiderte auf die Rede des Storthingpräsidenten mit einer Ansprache, in der er im Namen seiner Gefährten und im eigenen Namen seinen Dank aussprach für die Willkommensworte. Beim Empfang im Schloß begrüßte der König Amundsen und seine Gefährten und überbrachte ihm die Bürgerstaatsmedaille. Auch seine Gefährten erhielten Auszeichnungen.

### Statuen Michelangelos gefunden.

Der Direktor des Museums der Peterskirche in Rom, Cascioli, erblickt in sieben Terrakotta-Statuen, welche er im vorigen Jahr in der Dachkammer des Petersdoms gefunden und in seinem Museum aufgestellt hat, ein Originalwerk Michelangelos, das sechzehn Prophetenstatuen umfaßte und auf gekuppelten Säulen aufgestellt werden sollte. Zwei Statuen sollen Leonardo und Vasari nach deren bekannten Selbstporträts darstellen.

### Der Domschatz der Peterskirche bestohlen.

Die Stadt Rom wurde durch die Kunde erschreckt, daß der Domschatz der Peterskirche von Dieben bestohlen ist, es sind einige Stücke geraubt, die bedeutenden Materialwert haben, während die Diebe die schwer verkäuflichen, historischen und künstlerischen Gegenstände glücklicherweise verschmähten. Die Veräußerung der gestohlenen Gegenstände wird sehr schwierig sein.

### Mordversuch am schlafenden Bruder.

Am Sonntag früh meldete sich der 14 Jahre alte Arbeiter [illegible] bei der Berliner Polizei [illegible] seinen Bruder ermordet zu haben. Als die Polizei in die Wohnung eilte, fand sie in dem gemeinsamen Schlafzimmer den 17 Jahre alten Paul Zielke mit nur noch schwachen Lebenszeichen blutüberströmt im Bett liegend. Es stellte sich heraus, daß der jüngere den älteren Bruder, mit dem er sich am Sonnabend heftig gezankt hatte, Sonnabend nacht drei wuchtige Beilhiebe mit der scharfen Schneide auf den Kopf versetzt hatte. Der Täter hat geglaubt, seinen Bruder getötet zu haben. Der schwerverletzte Paul Zielke wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er in bedenklichem Zustande darniederliegt.

### Ein verbrecherischer Anwalt.

Vor einem Londoner Gerichte wurde dieser Tage, laut „Frankfurter Zeitung", der seltene Fall verhandelt, daß der Angeklagte einer der angesehensten Londoner Kriminalanwälte war. Charles C. Sharman, der in vielen berühmten Prozessen glänzend als Verteidiger plädiert hat, ein 75 jähriger, vornehm aussehender Herr, der in einem prächtigen Haus lebt, mit Ehren und Würden überhäuft ist, hat gleichzeitig Jahre lang mit einer gefährlichen Bande von Posträubern zusammengearbeitet, die Geld, Juwelen und Wertpapiere im Werte von über 50 Millionen entwendete. Sharman, der nebenbei ein eifriger Kirchengänger war, und sein ganzes Leben als Abstinenzler lebte, konnten gleichwohl einige Flecken in seinem Dasein nachgewiesen werden. 1898 war er auf 2 Jahre von der Anwaltschaft wegen unkorrekten Benehmens ausgeschlossen worden; seit 1902 war er aber besonders als Verteidiger internationaler Hochstapler gesucht. Man sagt ihm auch nach, daß er verschiedentlich geisteskranke Personen veranlaßte, zu seinen Gunsten zu testieren. Seit 1921 wird ihm eine Verbindung mit Posträubern zur Last gelegt, die die kühnsten Diebstähle von Wertpapieren ausführten. Merkwürdigerweise legte Sharman ein reges Interesse für die Aufdeckung dieser Verbrechen an den Tag. Er teilte den Polizisten, die mit der Verfolgung der Verbrecher beauftragt waren, selbst mit, daß ein Fremder, dessen Aeußeres ihm sehr gleiche, überall herumreise und die in den Postwagen gestohlenen Wertpapiere verkaufe. Dadurch erst wurde die Polizei auf ihn aufmerksam, und es stellte sich heraus, daß er selbst diese gestohlenen Wertpapiere auf dem Kontinent, Obligationen und gestohlene Schecks in Canada und in den Vereinigten Staaten verkaufte. Der allzu unternehmende Anwalt wurde nach einer außergewöhnlichen Verhandlung zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

### 40 Tote bei einem Hauseinsturz in Boston.

Das fünfstöckige Gebäude des Pickwick-Klubs in Boston ist vorgestern morgen eingestürzt. 200 Klubmitglieder feierten in ihm das Unabhängigkeitsfest. Sämtliche Personen wurden verletzt, 40 sind ihren Verletzungen bereits erlegen. Die Ursache des Einsturzes führt man auf Erdarbeiten zurück, die in der Nähe ausgeführt wurden und durch die das Gebäude anscheinend unterhöhlt war.

### Der Vulkan Galeras

in Kolumbien (Südamerika) ist in Tätigkeit getreten. Große Flammen schlugen aus dem Krater empor, Felsblöcke und Aschenmassen wurden emporgeschleudert. Die Verbindung mit La Florida Sonsaca ist unterbrochen. Man befürchtet, daß die Stadt zerstört worden ist.

### Die Größe der Meereswellen.

Die genaue Berechnung der Länge und Höhe von Meereswellen ist bisher auf große Schwierigkeiten gestoßen. Mit Hilfe besonders gebauter photographischer Apparate ist es jetzt aber gelungen, einwandfreie Messungen vorzunehmen und genaue Größenverhältnisse festzustellen. Die Wellen haben bei mäßig bewegter See eine Höhe von zwei bis vier Metern, die sich bei starkem Wind auf acht bis neun und bei Orkanen auf zehn bis 12 Meter steigern kann. Eine darüber etwa noch hinausgehende Höhe der Meereswellen ist auch bei Vornahme von photographischen Aufnahmen bei wildbewegtestem Seegange nicht festgestellt worden, und früher genannte Zahlen von fünfzehn und noch mehr Metern sind demnach ins Reich der Fabel zu verweisen. Die Länge einer solchen Meereswelle, das heißt die Entfernung von Wellenkamm zu Wellenkamm, beträgt etwa 300 Meter. Die Zeit, in der ein Wellenberg auf den anderen folgt, beträgt 20 Sekunden, so daß die Geschwindigkeit einer großen Welle rund 20 Meter in der Sekunde, also Schnellzugsgeschwindigkeit, beträgt.

### [illegible]

Im [illegible] von [illegible] (Vereinigte Staaten) ist am Freitag ein [illegible] [illegible]

Heute mittag 12½ Uhr entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Karoline Nitschke**

geb. **Ernst**

im Alter von 69 Jahren.

In tiefstem Schmerz im Namen aller Hinterbliebenen

Neukirch (bei Breslau), den 4. Juli 1925.

**Franz Nitschke.**

Beerdigung: Dienstag, den 7. Juli, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus. 7576

---

**Deutscher Textilarbeiter-Verband.**

Freitag, den 2. Juli, verstarb nach langem Leiden unsere brave Kollegin

**Emma Gebauer.**

Ehre ihrem Andenken!

9228 **Ortsverwaltung Breslau.**

Beerdigung: Montag, den 6. Juli, nachmittags 4 Uhr, vom Gemeinde-Friedhof in Gräbschen.

---

**Pfänder-Auktion**

**den 9. Juli.** 3310

**Julius Grundmann,**

Trebnitzer Straße Nr. 21.

---

**Druckerei Volkswacht**

fertigt moderne Drucksachen

Breslau 2 Kiesstraße 4.

---

# Saison-Ausverkauf

**zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen!**

**Mousseline** in blendenden Mustern . . . **65** Pf.

**Zephir** gestreift . . . **65** Pf.

**Crêpe marocain** in sehr schönen Mustern . . . **95** Pf.

**Popeline** doppelt breit, reine Wolle . . . . **2.75**

**Schotten und Streifen** in sehr schönen Farbstellungen 100/5 . **1.90**

**Wasch-Gaberdine** in weiß und mode 130 cm breit . . **3.75**

**Waschseiden** in blendenden Must., kariert . . . . **3.50**

**Volle** gemustert . . . . **1.45**

**Frotté** in schönen Streifen **1.10**

**Frottés** 100 cm br., kariert und Streifen . . . **1.45**

**Seid. Marocaine** doppelt breit, in neuen Farben . . **3.75**

**Schotten** hell und dunkel **95** Pf.

**Englisch. gemustert. Kostümstoff** 140 cm . . . . **1.90**

**Woll-Mousseline** gemustert . . . **2.90**

**Gaberdine** 128/30 cm, reine Wolle, in schwarz und farbig . . . . **4.90**

**10% auf sämtliche Herrenanzugstoffe 10%**

# Hermann Krzesny

Spezialhaus für Kleiderstoffe, Seiden und Herrenstoffe

**Christophoriplatz.**

---

**Sommersprossen**

Pickel, Mitesser 3209

Einfaches, wunderbares Mittel teile jedem gern umsonst mit

**W. S. Althaus**

Heiligenstadt (Eichsf.) B 18

---

In der „Volkswacht" haben **Stellen-Angebote** infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

---

**Sozialdemokratie und Landwirtschaft**

von **Georg Schmidt**

Volkswacht-Buchhandlung

---

**Stadttheater.**

**Ensemble-Gastspiel**

von Mitgliedern des

**Wiener Burgtheaters**

Montag, den 6. Juli, 8 Uhr:

**Der Weibsteufel.**

Dienstag, d. 7., Mittwoch, d. 8., Donnerstag, den 9. Juli, 8 Uhr

**Der Liebhaber.**

Freitag, den 10. Juli, 8 Uhr:

**Minna von Barnhelm.** 3261

---

**Von der Reise zurück**

**Dr. Paula Sonn Grünthal**

Fachärztin 3316

für Kinderkrankheiten.

---

**Maschinisten-Jacken-, Hosen,**

bewährte Ia Qualitäten.

**Oskar Dehmel**

Neumarkt 45. 3205

---

Inserate erzielen in der „Volkswacht" den größten Erfolg

---

**Ab 16. Juli 1925:**

# Lappländerschau

**im „Zoo"** 3205

**Seit 50 Jahren nicht mehr in Deutschland gewesen**

---

**Breslauer Hallenschwimmbad**

Schwimmhallen für Damen u. Herren

mit Schwitz-, Brause- und Bidetbädern.

**Schwimmunterricht**

Täglich außer Sonntags v. 7 Uhr früh bis 8 Uhr abends

---

**St. Hubertus-Festsäle**

empfiehlt

**separat geleg. Vereinszimmer u. Saal**

für Vereine u. Festlichkeiten

**Sonntag** und **Dienstag**

**öffentlicher Tanz**

**Dienstag verkehrter Ball**

Damen Eintritt und Tanz frei! 3200

---

**Schauspielhaus**

**Operettenbühne**

Telefon Ring 2545.

**Täglich 8 Uhr:**

**Gesamtgastspiel**

des

**Wiener Rotacher-Theaters**

# „Hallo! Hallo!"

Große Ausstattungs-Revue in 14 Bildern 3203

---

**Endlich auch in Breslau!**

# Paradiesbettenfabrik

M. Steiner & Sohn Aktiengesellschaft

**Junkernstr. 38-40**

Fabriken: Frankenberg Sa. · Dessau

**Eröffnung 18. Juli 1925**

Eigene Verkaufsstellen:
Berlin · Breslau
Chemnitz · Dresden · Düsseldorf
Frankfurt a. M. · Hamburg · Köln · Leipzig
München · Elberfeld · Hannover · Stuttgart.

---

**Direkt aus der Fabrik**

ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für

Mk. **2.30** per Liter

einschließl. Steuer den berühmten

**Alten Breslauer**

35 %

Unsere in ganz Deutschland berühmten

**Edel-Liköre**

Mk. **3.20** und **3.60** per Liter

von Riesenfässern. Flaschen mitbringen.

Dampf-Destillierwerk 3203

**Herzberg & Co.**

Höfchenstraße 48.

---

**Zurückgekehrt**

**Dr. Schmerel.** 3184

---

**Sofort beziehbare**

**helle Büroräume**

80 qm groß, 12 Fenster breit, mit elektrischem Licht, auch als Ausstellungs- und Lagerräume verwendbar, in unserem neuen Wohn- und Geschäftshause 3195

**Gräbschener Straße 172**

gegen Zahlung eines Beitrages zu vermieten.

---

**Viktor v. Scheffels**

**Trompeter von Säckingen**

Schön gebunden nur 80 Pf.

Auswärts 20 Pf. Porto.

**Volkswachtbuchhandlung Breslau III,**

Neue Graupenstraße 5.

---

**David: Referentenführer.**

Eine Anleitung für sozialistische Redner.

Preis nur 50 Pf., auswärts 10 Pf. Porto.

**Volkswacht-Buchhandlung (Modernes Antiquariat)**

**Breslau III, Neue Graupenstr. 5.**

---

**Verein gegen den Alkoholismus.**

Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 Uhr, 3315

Hallbingymnasium, Schuhbrücke 37:

Vortrag des bekannten Redners **Hebecrumbach:**

**Die Wahrheit über Amerika.**

---

**Bitte** bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

---

**Magerkeit wirkt unschön**

**Schöne volle Körperformen**

durch unser 3306

**„Hegro-Kraftpulver"**

in 6—8 Wochen bis 30 Pfund Zunahme. Garantiert unschädlich. Aerztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreiben. Preis Karton mit Gebrauchs-Anweisung 3 Mk.

**Kronen-Apotheke,** Neue Schweidnitzer Str. 3

**Hygiea-Apotheke,** Tauentzienstraße 91

---

# Die Zeitbücher

Eine Sammlung moderner Autoren von Bedeutung. — Jedes Bändchen gebunden und ca. 100 Seiten Inhalt.

Herabgesetzter Preis, solange noch am Lager, statt je 60 Pf.

**nur je 30 Pf.**

Auswärts nur gegen Voreinsendung, zuzüglich Drucksachenporto.

Zu beziehen durch die

**Volkswachtbuchhandlung**

Breslau 2, Neue Graupenstraße 5.

---

# Einführungen in Dramen u. Opern.

**Reine Textausgaben!**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Anzengruber: | Der Pfarrer von Kirchfeld. | Ibsen: | Nora |
| Beethoven: | Fidelio | „ | Ein Volksfeind |
| Goethe: | Egmont | Kleist: | Der zerbrech. Krug |
| „ | Faust | Langmann: | Daniel Tunaker |
| Gogol: | Der Revisor | Lessing: | Nathan der Weise |
| Gorki: | Nachtasyl | „ | Minna v. Barnhelm |
| Grillparzer: | Des Meeres und der Liebe Wellen | Rosenow: | Kater Lampe |
| Halbe: | Jugend | „ | Die i. Schatten leben |
| Hartleben: | Die Erziehung z. Ehe | Schiller: | Wilhelm Tell |
| Hauptmann: | Die Weber | „ | Kabale und Liebe |
| Hebbel: | Maria Magdalena | Shakespeare: | König Lear |
| | | „ | Hamlet |
| | | Wagner: | Tannhäuser |

**Jedes Heft nur 10 Pf.**

Auswärts gegen Voreinsendung zuzüglich Porto.

**Buchhandlung Volkswacht, modernes Antiquariat**

Breslau 3, Neue Graupenstraße 5.

---

**Arbeitsmarkt**

# Arbeiter

die mit Flamm- und Schachtöfen vertraut sind, gesucht von

**Metallhüttenwerke**

**M. G. Pinoff, G. m. b. H.**

Ofener Straße 29.

Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Beilage zur Volkswacht



## Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5652.

**Distriktsführer:**

**Zur umfangreichen Bekanntgabe der Massenkundgebung geben wir Plakate heraus, die ab heute abend im Sekretariat abgeholt werden müssen. Kein Distrikt darf fehlen.**

An Stelle der Distriktsversammlungen finden Montag, den [illegible] Juli, wichtige Abteilungsversammlungen statt.

**Erweiterter Parteivorstand.** Freitag, den 10. Juli, abends [illegible] Uhr, findet eine wichtige Sitzung im Gewerkschaftshause statt.

**Distrikt 1.** Heute abend Flugblattverteilung.

**Distrikt 19.** Alle Genossinnen und Genossen müssen sich heute abend beim Distriktsführer in der Wohnung, Weißgerbergasse 43, Flugblätter abholen.

**Distrikt 20.** Heute abend, 7½ Uhr, findet bei Kynast eine wichtige Funktionärversammlung statt.

**Distrikt 24.** Die Flugblattverbreitung findet morgen, Dienstag, abends 5½ Uhr, vom Distriktslokal aus, statt.

**Distrikt 30.** Die Funktionärsitzung findet nicht, wie verabredet, Mittwoch, sondern Dienstag, um 7 Uhr, in der Wohnung beim Distriktsführer, Buddestraße 2, statt.

**Abteilung Sandtor.** Heute abend 8 Uhr muß jedes Parteimitglied in der Abteilungsversammlung bei Klenner, Kreuzstraße, erscheinen. Tagesordnung sehr wichtig.

**Abteilung Ohlauertor.** Dienstag, abends 8 Uhr, muß alles bestimmt bei Görlich, Löschstraße 13, zu einer wichtigen Abteilungsversammlung erscheinen. Ganz besonders die Frauen müssen erscheinen. Referent: Genosse Neimann.

**Achtung, Arbeitslose!** Mittwoch, den 8. Juli, nachmittags [illegible] Uhr, findet im Zimmer [illegible] des Gewerkschaftshauses eine sehr wichtige Versammlung aller arbeitslosen Parteigenossen statt.

**S. O. Kolonnenführer und Abteilungsleiter:** Zwecks Durchsprechung der Aufgabe des S. O. bei der Massenkundgebung am Donnerstag, findet Dienstag, den 7. Juli, abends 7 Uhr, im Parteisekretariat eine wichtige Sitzung statt, zu der jede Abteilung und Kolonne vertreten sein muß. Nötigenfalls Vertreter schicken.

**Betriebsvertrauensleute der Partei.** Heute abend sind Flugblätter zur Verteilung im Betrieb abzuholen. Eile tut not, jeder Betrieb muß mit dem so wichtigen Material belegt werden.

# Saison-Ausverkauf.

## Es muß geräumt werden.

Die Saison-Ausverkäufe sind da und auf den ersten Blick kann es scheinen, als ob sämtliche Waren verschleudert und verschenkt würden. Alles fabelhaft billig. Es ist eine wahre Lust zu leben. Und trotz der Billigkeit fällt es dem Arbeiter schwer, zu kaufen, weil sein Verdienst kaum zum notwendigsten Lebensunterhalt reicht.

Saison-Ausverkäufe sind keine Neuerscheinungen im geschäftlichen Leben. Seit vielen Jahren schon kennt man diese Einrichtung, und sie nahm einmal derartig überhand und drohte die Reellität des Handels schwer zu erschüttern, daß das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom Jahre 1912 besondere Bestimmungen erlassen mußte über die Art des Inventur- und Saison-Ausverkaufes. Aber Formen und Ausmaß der Saison-Ausverkäufe haben sich geändert. Sie sind immer größer, immer umfangreicher geworden, und scheinen ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Nun wird gewiß kein Mensch, auch der naivste nicht, annehmen, daß ein Geschäft seine Ware verschenkt. Auf der anderen Seite müssen die zum Teil manchmal wirklich niedrigen Preise auffallen, und man fragt sich, wie kommt ein Saison-Ausverkauf zustande, warum wird er in Szene gesetzt? Da ist zunächst zu sagen, daß sich in den Geschäften, namentlich aber in den Warenhäusern, im Laufe eines Jahres eine Menge von Waren ansammeln, die an Zug- und Kaufkraft verloren haben. Waren, die der Kaufmann „unkurante" nennt. Hierher gehören vor allem Artikel und Erzeugnisse der Textilindustrie. Es handelt sich bei diesen Waren einmal um Artikel, die nicht mehr streng modern sind. Viele Menschen bilden sich ja ein, möglichst nach der Mode gekleidet gehen zu müssen. Daneben aber gibt es eine noch größere Anzahl, die froh sein muß, daß sie sich überhaupt kleiden und auf die letzte Note der neuesten Mode nicht Rücksicht nehmen kann. Zum zweiten gehören zu den „unkuranten" Waren fehlerhafte Waren. In allen Fabriken und wenn sie die besten und tüchtigsten Arbeiter und Arbeiterinnen besitzen, werden bei der Fabrikation Fehler gemacht. Um nur ein Beispiel zu nennen: In der Damenkonfektion gibt es bedruckte Stoffe. Nun muß man aber damit rechnen, daß in den Fabriken, die bedruckte Stoffe herstellen, mindestens 15 Prozent verdruckt werden. Es kommen also dabei Stoffe heraus, die nach Zeichnung und Farbe ungleichmäßig sind. Die hieraus gefertigten Blusen und Kleider kommen in den Saison-Ausverkauf. Die Stoffe, die in ihnen verarbeitet sind, sind natürlich von derselben Qualität wie bei den fehlerfreien, aber sie haben Schönheitsfehler, müssen infolgedessen stark im Preise herabgesetzt werden und finden immer noch ihre Käuferinnen, jene, deren Geldbeutel schmal ist. Und weiter: Es gibt viele Gegenstände aus Porzellan oder Glas, die Preßfehler aufweisen, Gegenstände ferner auch, die bei der Herstellung etwas beschädigt wurden, aber immer noch zum Gebrauch tüchtig sind. Damit ist der Kreis jener Waren, die in den Saison-Ausverkauf kommen, noch nicht erschöpft. Die Mode — und namentlich die Damenmode — wechselt bekanntlich überaus schnell. Selbst der tüchtigste Einkäufer und der raffinierteste Lagerchef können nicht verhindern, daß in Damenbekleidungsartikeln Einkäufe getätigt worden sind, die ein paar Monate nach dem Zumverkaufstellen bereits von den Lagern zurückgezogen werden müssen, weil sie unkurant, in diesem Falle also unmodern, geworden sind. Der Kaufmann muß diese Ware fort haben. Er kann sie nicht liegen lassen, weil er nicht länger Zinsen für totes Kapital tragen kann, weil er die Lagerspesen nicht verlieren will, und die Folge ist, daß diese Waren zu billigen Preisen in die Saison-Ausverkäufe kommen.

Die Läger müssen freigemacht werden, damit für anderes und notwendigeres, das vom Publikum verlangt wird, Platz wird. Nun werden Stapel auf Stapel in den Saison-Ausverkauf gesteckt. Diese Preise sind bedeutend herabgesetzt und der Kaufmann beobachtet den Verlauf des Verkaufs, der sich, wie bekannt, auf ungefähr 14 Tage erstreckt. Konstatiert er, daß die Kunden nicht recht anbeißen, daß der Verkauf ein schleppender ist, daß Gefahr besteht, von den zum Verkauf gestellten Waren einen Teil zurückzubehalten, so muß er neue Maßregel ergreifen. Denn der Hauptgrundsatz lautet: Alles das, was zum Saison-Ausverkauf gestellt ist, muß fort. Bis zum nächsten Ausverkauf kann es nicht mehr aufgehoben werden. Diesen Zweck erreicht er, indem er abermals die Preise herabsetzt. Das bis dahin zaghafte und aus den verschiedensten Gründen zögernde Publikum gibt dann die Zurückhaltung auf, das letzte Stück verschwindet aus dem Geschäft.

Geschäftsleute und das Publikum sind zufrieden. Es fragt sich nur, wer mehr und berechtigteren Grund zur Zufriedenheit hat. Auf diese Frage eine einwandfreie Antwort zu finden, ist ein Ding der Unmöglichkeit bei der Kompliziertheit des großen Komplexes von Faktoren, die dabei berücksichtigt werden müssen.

# Breslauer Nachrichten.

Breslau, 6. Juli.

## Wer ist der Mörder von Demmig?

**Die „Schlesische Arbeiterzeitung" veröffentlicht in ihrer Sonnabendnummer in großer Aufmachung einen offenen Brief an die Staatsanwaltschaft und gibt dabei Material in Briefform über den angeblichen Mörder Demmigs. Dieses Material ist dank der fabelhaften „Geschicklichkeit" der Arbeiterzeitung leider sehr unzulänglich. Die Redaktion behält nämlich den Namen des angeblichen Mörders für sich und fragt die Staatsanwaltschaft nur an, ob sie an dem Namen Interesse hat. Das ist in diesem Falle geradezu beschränkt. Die Staatsanwaltschaft wird natürlich Unterlagen verlangen, aber bis das geschieht, wird der mutmaßliche Mörder auf und davon sein.**

**In dem offenen Briefe ist von einem Manne die Rede, der in „einer" kleinen schlesischen Stadt wohnt, „einen" Sohn hat, mit dem er sich wegen eines Familienkonfliktes überwarf und von diesem Sohn nun an „einen" Rechtsanwalt schreibt, daß er ihm eingestanden habe, der Mörder Demmigs zu sein.**

**Ein Mord ist keine kleine Angelegenheit. Für einen Kappbanditen zum mindestens dann nicht, wenn er sich dafür verantworten soll. Daß eine derartige Aufmachung von Enthüllungen einen Mörder geradezu warnt und im besten Falle gerade noch sensationell wirkt, kommt der Arbeiterzeitung anscheinend nicht in den Sinn. Sie wird etwas deutlicher werden müssen. Wir fürchten nur, daß es dann wieder einmal zu spät sein wird.**

## Das Fleischergewerbe für Schutzzölle.

Es erscheint auf den ersten Blick eigenartig, daß das Fleischergewerbe, das in seiner Mehrzahl noch aus Kleinbetrieben besteht, in der Frage der Schutzzölle auf Vieh und Fleisch sowie auf andere wichtige Volksnahrungsmittel sich auf die Seite der Schutzzöllner stellt. Auch den Fleischermeistern müßte klar sein, daß die Zölle auf Nahrungsmittel eine Verteuerung im Gefolge haben und damit auch eine Verringerung des Konsums eintritt. Mit diesem Umsatzrückgang müßte ja ein Verdienstrückgang verbunden sein. Das aber scheinen die Fleischermeister nicht zu befürchten. Sie haben während des Krieges und in der Zeit der Zwangswirtschaft gelernt, daß, je kleiner der Umsatz, umso größer der Nutzen ist. Im Fleischergewerbe gibt es heute eine Menge kleine Zwergbetriebe die bei ihrem Umsatz doch noch reichlich viel verdienen müssen, um ihre Existenz zu fristen. Im Fleisch-Engroshandel hat sich die Zahl der Händler gewaltig gegenüber der Vorkriegszeit vermehrt (in Berlin ist die Zahl der Engrosschlächter von 300 im Jahre 1914 auf über 1200 jetzt gestiegen) trotzdem der Fleischverbrauch heute erst 41 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung gegen 53 Kilogramm der Vorkriegszeit beträgt. Im Viehhandel und bei den Viehkommissionären sieht es nicht anders aus. Hier liegen, wenn auch nicht allein, die Ursachen der Fleischteurung im allgemeinen mit begründet.

Zu dem neuen Zolltarif haben nun auch die Organisationen des Fleischergewerbes Stellung genommen. Der „Fachausschuß für Fleischversorgung E. V.", der zwar keine fleischergewerbliche Organisation ist, in dem aber alle Interessentengruppen an der Fleischversorgung vertreten sind, hat schon auf Drängen des Deutschen Fleischer- (Meister) Verbandes und der Fleischwarenindustrie seine ablehnende Haltung den Agrarzöllen gegenüber geändert und der Regierung Zollvorschläge in etwas ermäßigterer Höhe gemacht. Damit werden die Zollpläne der Regierung wesentlich gestützt.

Der Deutsche Fleischerverband, der so ziemlich alle Fleischermeister umfaßt, hatte in der letzten Juniwoche in Gotha seine Generalversammlung. Die Zollfrage war das Hauptproblem der Tagung. Das Referat hierzu hatte der Verbandssyndikus Giesen. Er pendelte mit seinen Ausführungen über die Notwendigkeit oder Ablehnung der Agrarzölle bald nach dieser, bald nach jener Richtung bis schließlich doch der Pendel ganz auf die Seite der Schutzzollfreunde schlug. Die Generalversammlung verlangte einstimmig, daß außer dem Fleischzoll die Zölle auf die landwirtschaftlichen Produkte, wie eingedickte Milch, Käse, Butter, Büchsenfleisch, sowie alle übrigen Oele und Fette, die sich zum menschlichen Genuß eignen, nicht nur in der Höhe wie sie die Regierungsvorlage vorsieht, durchgeführt werden, sondern auch diejenigen tierischen Fette verzollt werden, für die die Zollvorlage Zollfreiheit vorgesehen hat.

Zur Begründung dieses Raubes auf die Taschen der Konsumenten hatte dieser Syndikus zwei Argumente. Erstens würde durch den Zoll der Landwirtschaft ein Anreiz zur stärkeren Intensivierung der Viehzucht gegeben und dann könne der Fleischerverband die Zölle deshalb weitgehend unterstützen, weil diese ausländischen Fette eine starke Konkurrenz gegenüber dem aus den deutschen Schlachtungen gewonnenen Talg und anderen Fetten sind. Durch diese Konkurrenz seien die Innungs- und Privatschlächter stark gedrückt.

Mit dieser Einstellung hat der Fleischerverband bewiesen, daß bei der Versorgung der Bevölkerung mit Fleischnahrung und Fetten seine nackten Profitinteressen über dem Volksganzen stehen.

Wen trifft, wenn diese Pläne Wirklichkeit werden sollten, die ganze Schwere der Teuerung?

Es sind die Kreise, die auch sonst das Notwendigste entbehren müssen. Die Konsumenten der Büchsenmilch sind vornehmlich diejenigen, denen eine Aufbewahrung von frischer Milch meist auf Grund der Wohnungsverhältnisse nicht möglich ist. Weiter die sporttreibenden Kreise und besonders die wandernde Jugend. Aber auch alle die, die den einzigen freien Tag der Woche, den Sonntag, benutzen, um in freier Natur ihre Glieder zu recken, werden nicht unempfindlich getroffen. Was hier von der Büchsenmilch gilt, trifft nicht minder auf das Büchsenfleisch zu, ein Nahrungsmittel, das die deutsche Fleischwarenindustrie in gleicher Qualität nicht herstellen kann. Butter, die durch ihre Preishöhe schon längst weitesten Kreisen entzogen ist, soll weiter steigen. Die Verteuerung von Käse soll den Konsumenten in den Metzgerladen treiben. Die gleichen Motive liegen dem Eintreten für Zoll auf das ausländische Schmalz und Speisefett zu Grunde. Der deutsche Fleischer will das bei ihm anfallende Fett und Schmalz so im Preise steigern, daß er den Nutzen der Zölle einheimst.

Ein besonderes Kapitel bildet die Zollforderung der Fleischermeister auf Oele, Trane, Fisch-, Robben- und andere tierische Fette. Hier handelt es sich um Rohprodukte, die zum größten Teil zur Herstellung von Margarine benötigt werden. Was soll man zu dem Verhalten der Fleischermeister sagen, die der immer dünner werdenden Brotschnitte noch den Margarine-Aufstrich nehmen wollen. Nur weil der deutsche Talg, der gleichfalls zur Margarineherstellung verwendet wird, für die Metzgermeister nicht hoch genug im Preise steht, sollen die übrigen Rohstoffe und damit die Margarine verteuert werden.

Die Fleischermeister und ihre Fachpresse führen die Konsumenten in der Frage der Fleischteuerung irre. In der Oeffentlichkeit treten sie gegen die Schutzzölle auf, mit ihrer Organisation aber dafür. In den Fleischerläden wird, wenn die Kunden über die Höhe der Preise klagen schon heute die Schuld den Zöllen zugeschoben. Hinten herum wird auch heute wieder vom Fleischermeister-Verband, wie 1902 bei den Zollberatungen ein Spiel getrieben, das nicht nur im Gegensatz zu dem größten Teil der Bevölkerungskreise steht, sondern auch nicht von allen Fleischermeistern gebilligt werden kann. Durch ihren Verbandstagsbeschluß in Gotha sind die Fleischermeister in ihrer Gesamtheit festgelegt, sie gehören mit zu den Lebensmittelverteurern und die Empörung der Konsumenten bei einer eventuellen Annahme der Zollpläne wird auch sie nicht mit Unrecht treffen.

## Fleisch und Brot um mindestens 40 Prozent verteuert.

In den letzten Wochen haben wir wiederholt darauf hingewiesen, daß die aus den Zollplänen drohende neue Teuerungswelle in Deutschland heftige Krisen für die Kaufkraft der Mark und den Beschäftigungsgrund unserer Wirtschaft auslösen muß. Nun nimmt der bekannte Fachmann Dr. Raupold zu diesem Thema in der „Allgemeinen Fleischerzeitung" ausführlich Stellung. In seinen Darlegungen, die zu einer glatten Ablehnung der Agrarzölle kommen, führt Dr. Raupold unter anderem folgendes aus:

„Jeder Zoll drückt auf die Kaufkraft des Geldes. Die Kaufkraft der Verbraucherkreise ist heute aber schon so gesunken, daß es vielen nicht mehr möglich ist, die zur Ernährung notwendige Menge an Fleisch zu kaufen. Finden die im Entwurf vorgesehenen Zollsätze ihre Verwirklichung, so wird mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Preise für Fleisch und Getreideprodukte um 40 Prozent zu rechnen sein. Diese Steigerungen finden wegen der immer noch anhaltenden Zahlungsknappheit nur z. T. ihren Ausgleich durch unzureichende Lohnerhöhungen, so daß die Kaufkraft der Konsumenten noch geringer wird. Die Hauptkonsumierung wird sich immer mehr auf die billigeren Fleisch- und Wurstwaren beschränken, während der Verbrauch der besseren Sorten den Kreisen vorbehalten bleibt, deren Einkommen das Existenzminimum übersteigt. Die durch den Zoll erhöhten Preise für Agrarprodukte bedingen also, daß an allen Konsumartikeln gespart, und daß das Mehr der Lebenshaltungskosten wieder ausgeglichen wird. Von diesem Rückgang im Verbrauche werden vor allem diejenigen Gewerbe betroffen, deren Kundenkreis sich aus denjenigen Schichten zusammensetzt, die am stärksten die einsetzende Teuerung zu fühlen haben."

Dr. Raupold rechnet mit einer Verteuerung für Fleisch und Getreideprodukte in Höhe von 40 Prozent. Wir sind der Auffassung, daß seine Rechnung noch niedrig ist, da in den Detailpreisen unangemessene Zuschläge stecken. Die gegenwärtige Regierung hat weder Wille noch Macht, diese unangemessenen Zuschläge auf ein angemessenes Maß zurückzuführen und so werden wir, wenn die Steigerung der Erzeugerpreise in Kraft treten wird, wieder einmal erleben, daß sich die Detailpreise parallel mit den Erzeugerpreisen aufwärtsbewegen. Wir stehen so vor einer neuen Teuerungswelle, deren Ausmaß gar nicht zu übersehen ist. Nur durch den Zusammenschluß der Verbraucher in den Konsumgenossenschaften, durch den organisierten gewerkschaftlichen und politischen Kampf unter Führung der Sozialdemokratie läßt sich noch das Schlimmste verhüten.

## Zeugen gesucht!

Am 17. Juni nachts gegen 11,45 Uhr vormittags verunglückte in der Nähe des Oberpräsidiums in der Albrechtstraße ein junger Mann durch einen Straßenbahnzug der Linie 1. Personen aus dem Publikum, die diesen Unfall beobachtet haben, werden gebeten, ihre Anschrift der Kriminalpolizei, Schuhbrücke Nr. 46, Zimmer 3, mitzuteilen. Die Befragung wird auf Wunsch in der Wohnung erfolgen. Es liegt im dringenden Interesse des Beteiligten, die Schuldfrage durch unparteiische Zeugen geklärt zu wissen.

## Touristen-Verein „Naturfreunde", Ferienwanderung.

Unsere erste Wanderung findet am Mittwoch, den 8. Juli, statt. Treffpunkt 7,45 Uhr am Gewerkschaftshause. Die Ausgabe der Teilnehmerkarten erfolgt heute, Montag, 5 Uhr, im Hofe des Gewerkschaftshauses.

An Spenden für die Wanderungen gingen ein bereits quittiert 1236,75 Mark. L. Nr. 7: Von dem technischen Personal der „Volkswacht"-Druckerei 57 Mk., Verlag und Druckerei „Volkswacht" 200 Mk., P. L. R. 20,— Mk., G. Frey 5,— Mk., Salzborn & Faßbinder 10,— Mk. Liste Nr. 86 durch Tischler 12,— Mk., Verband d. Hotel- und Restaurant-Angest. 25,— Mk., Bekleidungsarbeiter-Verband 20— Mk., Volkschor, Frauenabteilung, I. Rate 15,— Mk., Reichsbanner-Ortsverein 10,— Mk. Liste Nr. 71: Gebrüder Stern 23,80 Mk. Liste Nr. 72: Schammel 31,50 Mk. Liste Nr. 24, gesammelt von den Bäckern des Breslauer Consum-Vereins 39,50 Mk, Parkettleger 10,— Mk.

## Schaufenster-Einbrecher.

Reiche Beute machten Schaufenstereinbrecher im Februar und März d. J. bei einem Beutezug durch die Stadt. Man erwischte nach langer Zeit einen der Einbrecher, als er eine wertvolle Uhr verkaufen wollte. Es war der oftmals wegen Diebstahls vorbestrafte 31 Jahre alte Schlosser Georg Kalkbrenner. Während man den Haupttäter, einen gewissen Waller, auch Hans genannt, nicht ermitteln konnte, gelang es noch, den 26 Jahre alten Arbeiter Richard Rebel festzunehmen, der den Waller und den Kalkbrenner bei ihren Diebesfahrten begleitet hatte. Jetzt standen Kalkbrenner und Rebel vor dem Kleinen Schöffengericht, um sich wegen Rückfalldiebstahls zu verantworten. Mit ihnen der Handelsmann Ludwig Blohm, der einen Teil der Sachen gekauft hatte. Es wurden ihnen vier Diebstähle zur Last gelegt; die beste Beute hatten sie am 16. März gemacht. Frühmorgens um 7 Uhr war eine Ecke der Schaufensterscheibe des Uhrengeschäfts von Richard Kempe auf der Gartenstraße eingeschlagen und daraus Uhren im Werte von 2000 Mark gestohlen worden. Die Nacht zuvor war im Wollwarengeschäft von Kitschmann auf der Bahnhofstraße ein Schaukasten erbrochen und mehrere Strickwesten entwendet worden. In der Nacht zum 6. Februar war ein Schaukasten der Gold- und Silberwarenfirma Raimondo Lorenzi auf der Schweidnitzer Straße eingeschlagen und daraus mehrere Ringe und Schmucksachen im Werte von 700 Mark herausgenommen worden. Schließlich war noch in der Nacht zum 23. Februar bei der Teppichfirma Aber eine Schaufensterscheibe zertrümmert worden und daraus eine wertvolle Brücke entwendet. Das Gericht nahm bei Blohm einfache Hehlerei an und erkannte auf sieben Monate Gefängnis, auch wurde der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben. Trotz seiner Vorstrafen wurden Kalkbrenner nochmals mildernde Umstände zugebilligt und er zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt. Rebel, der sich bei der Ausführung der Diebstähle nicht hervorragend betätigt hatte, erhielt 7 Monate Gefängnis.

# Vereinskalender.

### Deutscher Metallarbeiterverband.

Bauklempner. Montag, den 6. Juli, abends [illegible] Uhr, [illegible] Wichtige [illegible] nahme zum Schiedsspruch. Erscheinen aller ist dringend notwendig.

# Gegen Zoll- und Mietswucher

**Die Sozialdemokratische Partei und die freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften rufen die gesamte Bevölkerung Breslaus für Donnerstag, den 9. Juli zur großen Massenkundgebung gegen Zoll- und Mietswucher auf den Benderplatz. Abmarschzeiten und Sammelplätze werden noch bekannt gegeben.**

### Gefrierfleisch.

Früher hat die Sozialdemokratie die Einfuhr von Gefrierfleisch gefordert. Heute ist es da, und trotzdem wird es von zahlreichen Frauen nicht gekauft, weil die noch immer denken, es handle sich um minderwertiges Fleisch. Das heutige Gefrierfleisch wird aus südamerikanischen Staaten eingeführt, deren Viehzucht viel großzügiger und besser ist als die Viehzucht in Europa. Das Gefrierfleisch ist weit billiger und in der Qualität meist vorzüglicher als das einheimische Fleisch. Wer Gefrierfleisch nicht kauft, unterstützt damit lediglich den Viehwucher der deutschen Großagrarier. Von fachmännischer Seite wird uns hierzu noch geschrieben:

Der Vorkriegsverbrauch in Deutschland wird auf zirka 54 Kilogramm beziffert. — 1917/18 brachte eine Rationierung von etwa 10 Kilo pro Kopf. — Anfang 1923 war diese Ziffer einschließlich der Inflationsausländer, Besatzungsarmee usw. erst auf 12 Kilo gestiegen. Zurzeit schätzt man den Fleischkonsum auf 33⅓ Prozent der Friedenszeit. Die deutschen Verbraucher haben größtenteils ein gänzlich falsches Urteil über Gefrierfleisch. Speziell in Leipzig will man es nicht. Bei der Großstadtbevölkerung hat das Gefrierfleisch der Kriegs- und Uebergangszeit ein Mißtrauen erzeugt, das auch heute nicht weichen will. Das Gefrierfleisch der Gegenwart ist aber beste, frische, größtenteils oder vorwiegend aus Argentinien eingeführte Ware. Argentinien ist sein Hauptproduktionsland. Vor und nach der Schlachtung werden Tiere, Fleisch, sowie die Eingeweide tierärztlich untersucht. Bei der Herstellung herrscht peinlichste Sauberkeit. Das Fleisch wird bei der Herstellung von Menschenhand kaum berührt und erhält zum Transport eine doppelte Stoffumhüllung. Spezialdampfer bringen das Fleisch nach Europa, Kühlhäuser und Kühlwaggons, größtenteils der Kühltransit-A.-G. Leipzig-Hamburg gehörig, bringen und nehmen es im Hinterland auf. Fachleuten ist die Antipathie gegen den Gefrierfleischkonsum unerklärlich. Gefrierfleisch ist bei richtiger Zubereitung von frischem Fleisch kaum zu unterscheiden. England ißt das meiste Gefrierfleisch seit Jahrzehnten und besitzt fast 300 Spezialdampfer für den Transport ab Produktionsgebiet. Das gekaufte Gefrierfleisch ist tunlichst bald zu verwenden. Es entsteht andernfalls Saftverlust. Wird das Fleisch nachmittags im Laden geholt und soll es erst am nächsten Tag auf den Tisch, dann beachte: Bratenfleisch ist sofort von allen Seiten in heißem Fett kurze Zeit vorzubraten. Kochfleisch werft fünf Minuten in kochendes Wasser. Am nächsten Tag brate und koche man das Gefrierfleisch tischfertig.

### Nur Offiziere und Beamte haben Zutritt.

In der „Schlesischen Tagespost" vom 4. Juli liest man folgende Notiz:

6. Armeekorps — Rossignol — Tintigny. Am 22. August 1925, abends 7½ Uhr, findet bei Chr. Hansen die Jahreszusammenkunft der Offiziere und Beamten statt, die dem 6. Armeekorps oder den aus ihm stammenden Formationen angehörten oder sich sonst dem Schles. Korps zugehörig fühlen. Zusagen unter Angabe der Regiments- pp.-zugehörigkeit erbeten bis spätestens 18. August u. J. —

So exklusiv sind die Herren immer gewesen. Immer hübsch unter sich bleiben, war schon im Kriege ihre Parole. Was hätte auch der gemeine Soldat unter Offizieren und Beamten zu suchen. Genug, wenn er sich als aktives Mitglied dem Kriegerverein anschließt und froh ist, daß ihm der Herr Hauptmann a. D. ein herablassendes „n Tag, Kamerad" entgegenschnarrt — und er bei der nächsten Gelegenheit deutschnational wählt. Man kennt es: die Herrschaften pflegen Kameradschaft aus dem ff.

### Es reicht nur bis zur Gösch.

Als kürzlich der „Berliner Lokalanzeiger", das Berliner Hauptorgan der Deutschnationalen Partei, ein internationales Sportfest veranstaltete, ließ er auf den Fahnenmasten des Sportplatzes neben den Nationalflaggen der vertretenen fremden Nationen für Deutschland die schwarz-weiß-rote Handelsflagge mit der kleinen schwarz-rot-goldenen Gösch in der oberen inneren Ecke hissen. Der „Lokalanzeiger" ist, wohlgemerkt, ein ausgesprochenes deutschnationales Parteiblatt; bei ihm ist daher dieses Verhalten nicht verwunderlich . . . Am Sonnabend und Sonntag voriger Woche fanden nun auf dem Sportplatz Grüneiche die mit einer geradezu ungeheuerlichen Reklame angekündigten „Ostdeutschen Kampfspiele der Breslauer Neuesten Nachrichten" statt, die in der Hauptsache von dem hiesigen Generalanzeiger arrangiert und finanziert worden waren. Und siehe da: neben den Nationalflaggen der durch Sportsleute vertretenen fremden Nationen war an den Fahnenmasten als deutsche Flagge — die schwarz-weiß-rote Handelsflagge mit der kleinen Gösch aufgezogen! Die deutsche Nationalflagge schwarz-rot-gold aber fehlte!

Für diese recht eigenartige Tatsache bestehen nur drei Erklärungen:

entweder hielten die „Breslauer Neuesten Nachrichten" den Sportplatz, der ja allerdings besonders am Sonntag Nachmittag von den Wolkenstaufen eines Landregens überspült wurde, für ein Schiff — dann sollte sich Herr Tugendhat eine noch schärfere Brille zulegen;

oder den Herren von den „Breslauer Neuesten Nachrichten" sind die in Artikel 3 der Verfassung von Weimar festgelegten Farben der deutschen Nationalflagge noch nicht bekannt — dann sollten sie schleunigst ihre geringen Verfassungskenntnisse durch einiges Studium der Weimarer Verfassung erweitern und ergänzen;

oder endlich drittens: die deutsche Nationalflagge schwarz-rot-gold ist von den „Breslauer Neuesten Nachrichten" absichtlich brüskiert und ihr die in den Farben des zusammengebrochenen Kaiserreichs gehaltene Handelsflagge vorgezogen worden.

Dann hätten die „Breslauer Neuesten Nachrichten" wieder einmal — oder vielleicht doch etwas unvorsichtig — ihr wahres monarchistisches Gesicht enthüllt, indem sie sich auf eine Stufe mit dem erzdeutschnationalen „Berliner Lokalanzeiger" stellten.

Und welche Folgerung ziehen wir aus diesem Verhalten des politisch angeblich neutralen Generalanzeigers?

Nun, wir hoffen daher, daß auch der letzte Republikaner dieses Monarchistenblatt baldigst abbestellt!

### Bannerweihe in Zimpel und Heldengedenkfeier in Grüneiche.

Die Kolonie Zimpel [illegible] am gestrigen Sonntag reichlichen Flaggen- und Girlandenschmuck, handelte es sich doch darum, [illegible] Böhm), feierlich einzuweihen, und dazu hatten sich Deputationen des Reichsbanners aus Breslau, Brieg, Schweidnitz, [illegible]

[illegible] marschierten die Vereine mit klingendem Spiel auf dem Sportplatz in Zimpel auf, formierten sich zu einem großen Karree um eine mit republikanischem Fahnentuch gezierte Rednertribüne, die Kamerad Mache als Mitglied des Gauvorstandes bestieg, um von diesem erhöhten Platz aus die Begrüßungs- und Weiherede an Stelle des verhinderten Oberpräsidenten Zimmer zu halten. Das Wort Löbes, so begann Mache, daß Maulwürfe am Werk sind, um den Bestand der Republik zu unterwühlen, hat auch jetzt noch seine Berechtigung. Leider liegen diese Dinge heute immer noch so, daß die Verwaltungen, die Justiz, die Reichswehr, zum Teil durchsetzt sind von monarchistischen, antirepublikanischen Elementen, die auf ihre Art die Republik „auszugestalten" suchen, das heißt auf ihren Abbau systematisch hinarbeiten. Wenn die Regierung nicht gewillt ist, diesen „kalten Putschisten" entgegenzutreten, so müssen wir vom Reichsbanner die heilige Verpflichtung in uns fühlen, die Republik zu schützen und zu verteidigen, nötigenfalls unter Einsatz unseres Lebens.

Im Reichsbanner stehen Männer, die der Krieg gehärtet hat, und die bereit sind, jeden offenen oder versteckten Angriff auf den Bestand der Republik mit niederschlagen zu helfen. Das mögen sich die Gegner der Republik gesagt sein lassen! Ihr Mut ist ja auch seit Bestehen des Reichsbanners erheblich gedämpft. Das zu weihende neue Feldzeichen soll sein ein Panier der Sammlung und Einigkeit, es soll wirken als Symbol unserer Kraft, die immer größer werden möge. — Genosse Mache unterstrich dann in seiner Rede noch den Gedanken der Vereinigung mit unseren österreichischen deutschen Brüdern. Nach Einweihung des Zimpeler Banners durch Genossen Mache verschönten der Schwoitscher Gesangverein, sowie die Genossinnen Fräulein Margarete Scholz und Frau Hagemann aus Zimpel die Feier durch gesangliche und rezitative Darbietungen.

Nach Dankesworten des Ortsvereinsvorsitzenden und Absingen des Bannerliedes erfolgte geschlossener Abmarsch mit Musik durch Zimpel nach Grüneiche zum dortigen Heldengedenkstein. Hier nahmen die Ortsgruppen nochmals Aufstellung, die Fahnenabordnungen traten an das Denkmal und Genosse Seifert hielt eine kernige und zündende Ansprache. Er führte aus: Die Bannerweihe in Zimpel konnte mit gar nichts Besserem verknüpft werden als mit einer Gedenkfeier am Denkmal der Gefallenen der Gemarkung Grüneiche. Zehn Jahre liegt das schwere Verhängnis hinter uns, das damals keiner aufzuhalten vermochte. Es war das Schicksal der Friedensfreunde, daß sie mit ansehen mußten, wie die Blüte der europäischen Menschheit sich gegenseitig in vierjährigem grauenvollen Kampfe erschlug. Würde man die 11 Millionen Toter des Weltkrieges in Reihen zu zwanzig formieren, 2½ Monate würde der Vorbeimarsch der alliierten Gefallenen und weitere 1½ Monate der deutsch-österreichischen Opfer dauern. Sorgen wir also dafür, daß der Krieg, diese Weltgeißel, verschwindet, daß die Farben des Friedens, der Freiheit und des Menschenrechtes; Schwarz-Rot-Gold unangetastet bestehen bleiben und gedenken wir stets der Toten des Weltkrieges im Sinne des heiligen Friedensschwurs: „Nie wieder Krieg!" ein Kranz des Reichsbanners mit schwarz-rot-goldenen Schleifen und entsprechender Widmung wurde niedergelegt.

### Zur Rattenvertilgung am 9. Juli.

Seit 1921 kehrt in Breslau nunmehr halbjährlich der Rattentag wieder und gehört zu den regelmäßigen Anordnungen des Polizeipräsidenten. Kriegs- und Nachkriegszeiten haben sich für das Ueberhandnehmen der Ratten stets besonders günstig gezeigt. Lauben, Gartenhäuschen und Wohnhäuser bieten bei dem heutigen schlechten baulichen Zustand den Nagern den besten Unterschlupf. Wenn trotz der regelmäßigen Rattentage von einer Abnahme der Rattenplage noch immer nichts zu merken ist, so ist dies in der Hauptsache auf die Sorglosigkeit der Grundbesitzer zurückzuführen, welche entweder die geringe Ausgabe für ein wirksames Mittel scheuen oder der Meinung sind, ihr Grundstück wäre rattenfrei.

Für den nächsten Rattentag ist bestimmt worden, daß das Gift am Donnerstag, den 9. Juli, vormittags 8 Uhr, ausgelegt sein muß und bis zum 10. Juli, abends 8 Uhr, liegen bleibt. Der Polizeipräsident weist darauf hin, daß die Kontrolle verschärft wird, um diejenigen Grundstücke, in welchen ein Gift nicht ausgelegt wurde, festzustellen. Es wird den Vertilgungspflichtigen nicht vorgeschrieben, ein bestimmtes Gift auszulegen. Seitens des Gesundheitsamtes wird jedoch an erster Stelle und als besonders zweckmäßig Phosphorlatwerge empfohlen. Hierzu ist die Beschaffung eines Gifterlaubnisscheines beim nächsten Polizeikommissariat erforderlich.

Ein anderes Mittel, welches die Ratten ebenfalls tötet, aber für andere Tiere fast unschädlich ist, ist die Meerzwiebel. Diese Droge wird am besten bereits als Rattengift zubereitet bezogen, da bei unvorsichtigem Umgange bei der Herstellung der frische Saft starke Hautentzündungen hervorrufen kann. Empfohlen werden auch Bakterien-Kulturen, deren Erfolg jedoch nicht immer befriedigte, da ein großer Teil der Ratten für Bakterien unempfänglich ist und daher immer noch ein Auslegen von Gift erfolgen muß.

Es ist zu wünschen, daß die Rattenvertilgung tatsächlich planmäßig durchgeführt wird. Der Nutzen, der damit verbunden ist, sowohl auf gesundheitlichem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet, lohnt reichlich die Mühe als auch die geringen Geldmittel, die zur Vertilgung der schädlichen Nager erforderlich sind. Welche Erfolge man erzielen kann, beweist eine Zählung der verendeten Nager bei der Rattenvertilgung in Berlin im November 1924. Sie ergab 11 225 getötete Ratten, darunter 1092 Wanderratten. Gegen die vorletzte Rattenvertilgung im November 1922 zeigt dies Ergebnis eine Steigerung von 106 Prozent.

### Arbeiter-Jugend.

A. J. [illegible]. Wir treffen uns heute um ½7 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus.

Heim 7, [illegible]. Unsere Funktionärsitzung findet heute abend pünktlich ½8 Uhr in der Baracke an der [illegible] statt.

---

* Die Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung fallen bis auf weiteres aus.

* Stadttheater. Heute: „Der Weibsteufel". Dienstag: „Der [illegible]".

* Schauspielhaus. [illegible] „Hallo! Hallo!" [illegible]

---

* **Erholungsstätte der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau.** Den Besuchern der Luftbadeanlagen am Zimpeler Wege bei Grüneiche, insbesondere den jungen Leuten und Kindern, wird jetzt Gelegenheit geboten, sich an einem Kursus für gymnastische Uebungen, vor allen Dingen „Atemgymnastik", zu beteiligen. Da gerade die Atem-Gymnastik für die Gesundheit von außerordentlichem Wert ist, so dürfte es sich empfehlen, daß hiervon in recht großem Maße Gebrauch gemacht wird.

* **Reichsjugendherbergs-Verzeichnisse** für das Jahr 192[illegible] sind zum ermäßigten Preise von 25 Pfennige für das Stück im Städtischen Jugendheim, An der Matthiaskunst 2, zu haben.

* **Das erste Wasserflugzeug in Breslau** landete Sonnabend kurz nach ½1 Uhr in der Nähe des Zoologischen Gartens glatt auf der Oder. Es handelte sich um einen von [illegible] kommenden Eindecker, der hier einige Wasserfahrten unternehmen soll.

* **Lappländerschau im Zoo.** Seit 50 Jahren ist keine Lappländertruppe mehr in Deutschland gewesen. Jetzt ist es den Bemühungen des Kunstmalers F. Dubois, der das Land und Volk der Lappländer studiert hat, gelungen, eine Truppe nach Deutschland zu bringen. Die Truppe reist mit ihren Wohnzelten, die sie überall hin mitnimmt, mit Frauen und Kindern und tritt mit einer Anzahl Renntieren und Polarhunden, Holzschnitzern, Weberinnen, Lassowerfern und Akiofahrern täglich in Vorstellungen auf, in denen sie Sitten und Bräuche ihres Landes bei der Arbeit, Sport und Vergnügen vorführt. Es wird für weite Kreise von Interesse sein, diesen Volksstamm aus dem europäischen Norden kennen zu lernen.

* **Die Volksberatungsstelle im Rathaus,** 1 Treppe (Ratszimmer) ist im Monat Juni von 1526 Personen, 750 Männern und 776 Frauen, besucht worden. Die Auskünfte betrafen folgende Gebiete: Städtische Angelegenheiten verschiedener Art 384, Arbeiterversicherung 53, Angestelltenversicherung 5, Arbeits- und Dienstvertrag 53, Bürgerliches Recht 867, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 38, Strafrecht 25, Privatversicherung 6, Handels- und Gewerbesachen 16, Verschiedenes 9. Außerdem wurden 63 Schriftsätze angefertigt und in 79 Fällen Auskunft auf fernmündliche Anfragen erteilt. Die Volksberatungsstelle ist werktäglich von 8—2 Uhr geöffnet.

* **Persönliche Nachrichten.** Zum Nachfolger des verstorbenen Schulrats Dr. Hemmerle wählte der Magistrat vom 1. Oktober an den Schulrat Dr. Thierse in Hindenburg OS. zum Magistratsschulrat. — Zum Vorsteher des Hauptbüros mit der Amtsbezeichnung Stadtamtmann wählte der Magistrat den Oberstadtinspektor Arthur Naether.

* **Gefunden** wurde bei dem gestrigen Sommerfest der Arbeiterkinderfreunde eine rote Damenhandtasche. Abzuholen im Zimmer 25 des Gewerkschaftshauses.

* **Festgenommen** wegen Betruges ist der Kaufmann Sally Marcus, 25 Jahre alt. Er hat von verschiedenen Kaufleuten Waren erschwindelt und dieselben in Leihämtern versetzt. Geschäftsleute, die dem Marcus Waren auf Kredit gegeben haben, wollen sich alsbald in der Betrugsdienststelle Ursulinerstr. 25/27 einfinden.

## Schauspielhaus.

**„Hallo! Hallo!", Ausstattungsrevue.**

(Gastspiel des Wiener Ronacher-Theaters.)

Seit die Operette am Schema leidet, steht die Revue im Kurs. Sie muß uns, wie das Varietéhumoristenkouplet, an den Sensationen unserer Tage vorbeiführen. Die Berliner beispiellos erfolgreichen Revuen wollen mit Kunst wenig zu tun haben, die Wiener gar nichts. Beim letzten Gastspiel bestach Ausstattungspracht, die heutige erweist die ungeminderte Eignung des lieben Herrgotts in der Fabrikation schöner Frauenbeine. Von einem Bild zum anderen führt keine Brücke mehr, der schüchterne Versuch einer Planetenhandlung bricht an seiner Naivität bald zusammen, es ist nur noch eine Folge von Frauenschaustellungen in immer neuen oder nicht neuen Variationen. Und diese Frauen sind verschwenderisch an- und ausgezogen . . .

Den feschen, gerade auf dem Wiener Stephansplatz gelandeten Mars gibt als fescher Weaner Gustl Werner, die Venus, die in der Zigarettenszene den Stich ins Unvornehme vermeiden sollte, mit viel Charme Lo Ethoff. Saubere Tanzkunst gibt das Paar Gunnar Ullring und Roger Robinson; Vergnügen bereitet die Liliputanerszene: das kleinste Militär der Welt.

Das Theater ist mit Recht gut besucht, denn vor einem solchen Massenaufgebot hübscher Mädels braucht man nicht auszurücken.

M. S—der.

## Filmschau.

**Kammerlichtspiele.** „Der galante Prinz". Aus Frankreich kommt in diesem Spielfilm ein nicht sehr hochwertiges Kunstprodukt, das vor allem sein Sujet einer reichen Kinderphantasie entlehnt, die sich mit entführten Haremssklavinnen und frischgekrönten Fürstinnen beschäftigt, die dann an der angetrauten Seite solcher Orientalinnen die Wut der offiziellen Braut heraufbeschwören. Wenn auf der verhängnisvollen Ueberfahrt nun noch ein gut inszeniertes Schiffsunglück überwunden wird, so trägt der Film jede Gewähr für den Erfolg einer Sehenswürdigkeit. Der Darstellung des Prinzen fehlt nichts als das Mark, das selbst stolze Uniformen nicht ersetzen.

**Bg.-Lichtspiele,** „Der Demütige und die Sängerin". Felix Holländers gleichnamiger Roman liefert die Motive. Aber es fehlt ihm die für eine verständnisinnige und teilnahmswürdige Filmhandlung notwendige Gebundenheit. Die Sängerin, Sklavin ihrer Kunst, wird durch Situationen in ihrem Wege behindert, und doch wieder vorwärtsgeworfen, so daß sie schließlich erreicht. Aber auch der Zuschauer will erreichen, und dies wird ihm erschwert. Man verliert zeitweilig den Begriff einer Handlung und wird lediglich von routiniertem Spiel unterhalten. Eine erhabene Leistung vollbringt Hans Mierendorf, er lauschte dem Weltmann bis ins kleinste ab und doch in tragischen Momenten weicher Mensch. Lil Dagover gibt die Sängerin packend, die Regie zeigt sich großzügig.

### Letzte Wetternachrichten.

| Datum 6. 7. 25. | Temperatur heut früh | Maxim. seit 24 Stunden | Min. seit 24 Stunden | Wind | Niederschlag | Schneehöhe cm | Wetter |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Krietern | 18 | 21 | 15 | W 3 | — | — | heiter |
| Reinerz | 13 | 20 | 12 | SW 2 | — | — | bedeckt |
| Schneekoppe | — | — | — | — | — | — | — |
| Reifträgerbaude | 9 | 13 | 8 | W 5 | — | — | Nebel |
| Schreiberhau | 16 | 20 | 10 | OSO 3 | — | — | heiter |
| Neue Schles. Baude | ·7 | — | — | SW 3 | — | — | Nebelnässen |
| [illegible] | — | — | — | — | — | — | — |
| Grünberg | 18 | — | — | WSW 3 | — | — | wolkig |

**Amtliche Wetternachrichten.**

(Vorhersage der Wetterwarte Krietern bei Redaktionsschluß.)

Ueber Gesamtmitteleuropa ist vorläufig Beruhigung eingetreten. Geringe Störungen, von dem gestern über Polen liegenden Zyklonenzentrum dürften infolge der Aufheiterung und der damit verbundenen stärkeren Einstrahlung im Laufe des heutigen Tages noch vielerorts Gewitter bringen. Aussichten für Dienstag: wolkig, meist trockenes Wetter. Temperatur langsam zunehmend.

Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht

# Gewerkschaftsbewegung.

## Gewerbsmäßige Stellenvermittelung.

Schon seit Jahren bekämpfen die Gewerkschaften und mit ihnen noch andere Arbeiterorganisationen die gewerbsmäßige Stellenvermittelung. Die gewerbs- und berufsmäßigen Stellenvermittlungen sind nicht ein Nutzen, sondern ein Schaden unseres Wirtschaftslebens. Man unterscheidet in Deutschland drei Arten von Einrichtungen oder Personen, die Stellenvermittelung ausüben. Voran marschieren die behördlich eingesetzten Landesämter für Arbeitsvermittelung, die sich wieder bezirklich in einzelne Arbeitsnachweise zergliedern. Diesen öffentlichen Arbeitsnachweisen ist gleichzeitig die Ausführung der reichsgesetzlichen Erwerbslosenfürsorge übertragen. Die zweite Kategorie bilden die von den wirtschaftlichen Unternehmern und namentlich Arbeiterorganisationen gebildeten Stellenvermittelungen. Die öffentlichen Arbeitsnachweise und in den meisten Fällen auch die Nachweise der verschiedenen Verbände vermitteln Arbeitsgelegenheiten ohne irgendwelche Entschädigungen. Im Gegensatz hierzu stehen die berufs- oder gewerbsmäßigen Stellenvermittler. Diese verlangen, daß sie die Vermittlung als Geschäft und Beruf betreiben, für jede vermittelte Stelle, sei es von dem Stellenanbietenden oder dem Stellensuchenden, eine gewisse Entschädigung. Die Tätigkeit der gewerbsmäßigen Stellenvermittler beschränkt sich hauptsächlich auf die Vermittlung von Hauspersonal (Dienstmädchen, Köchinnen usw.), von Personal für Hotels und Restaurants und von landwirtschaftlichen Arbeitern und Arbeiterinnen. Zu den berufsmäßigen Stellenvermittlern gehören auch die sogenannten „Heuerbüros" für Seeleute in den Hafenstädten und die verschiedentlichen Agenturen für Musiker, Artisten usw. Die idealste Stellenvermittlung sind jedenfalls die öffentlichen Arbeitsnachweise, da diese bei ihrer Tätigkeit keine Unterschiede machen in bezug auf die politische oder religiöse Einstellung und den Geldbeutel der Arbeitsuchenden. Die Vermittlungsstellen der wirtschaftlichen Verbände sind heute ziemlich zur Untätigkeit verdammt, da sie, wie z. B. die freien Gewerkschaften, die Vermittlung aus Prinzip in den meisten Fällen den öffentlichen Arbeitsnachweisen überlassen. Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung ist besonders zu verwerfen. Es ist sowohl moralisch unsittlich wie auch wirtschaftlich ein Unding, den armen stellensuchenden Personen für den Nachweis einer Beschäftigung Geld abzuverlangen. Auch die Abnahme der Vermittlungsgebühr von den Unternehmern, die Arbeitskräfte suchen, ist nicht einwandsfrei. Wenn diese wirklich gewillt sind, für die Nachweisung irgendwelchen Personals in die Tasche zu greifen, so könnten sie die Vermittlungsgebühr auch den öffentlichen Arbeitsnachweisen in irgendeiner noch zu bestimmenden Form zukommen lassen.

Es ist sehr interessant, einmal festzustellen, in welchem Verhältnis die Tätigkeit der gewerbsmäßigen Vermittler zu der der nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweise steht. Die Reichsarbeitsverwaltung hat die Aufgabe, diese für das Wirtschaftsleben wichtige Frage statistisch zu erfassen. Durch Verordnungen der Reichsarbeitsverwaltung vom 28. April 1923 und 10. November 1924 sind die gewerbsmäßigen Stellenvermittler zur Berichterstattung verpflichtet. Der von der Reichsarbeitsverwaltung bearbeitete Bericht über das dritte Vierteljahr 1924 liegt jetzt vor. Nach diesem gab es am Ende des dritten Vierteljahrs 1924 in Deutschland 1780 gewerbsmäßige Stellenvermittler. Diesen stehen 1197 nichtgewerbsmäßige Arbeitsnachweise (öffentliche und nichtöffentliche) gegenüber. Die Zahl der gewerbsmäßigen Vermittler ist also bedeutend größer als die der nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweise. Arbeitsuchende waren gemeldet bei den gewerbsmäßigen Vermittlern 193 677 (52 532 männliche und 141 145 weibliche), bei den nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen 2 496 547 (1 838 581 männliche und 659 968 weibliche). Stellen wurden besetzt von den gewerbsmäßigen Vermittlern (einschl. der Aushilfen) 131 459 und von den Arbeitsnachweisen 1 374 845. Man sieht aus diesen wenigen Zahlen schon, daß die Tätigkeit der gewerbsmäßigen Stellenvermittler gegenüber der der Arbeitsnachweise verschwindend gering ist. Gerade diese geringe Tätigkeit muß noch mehr Veranlassung geben, die berufsmäßige Stellenvermittlung aufzuheben. Ein Schaden würde unserem Wirtschaftsleben durch ein Verbot der berufsmäßigen Stellenvermittlung nicht entstehen. Wir müssen darauf hinarbeiten, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise mehr noch wie bisher die Zentralstellen des Arbeitsmarktes werden. Hierdurch nur kann eine uneigennützige, unterschiedslose Verteilung aller offenen Arbeitsgelegenheiten auf die Arbeitslosen gewährleistet werden.

---

### Sie wollen die Herren sein.

Der Arbeitgeberverband der Ziegeleien des Rheinlands hat an den zuständigen Schlichter ein Schreiben gerichtet, in dem er die Unnachgiebigkeit des Verbandes bei den Verhandlungen mit den Arbeitnehmern betont und die Behauptung aufstellt, daß die vom Schlichter angedrohte Lohnerhöhung weit über alle Schiedssprüche hinausgehe. Wenn dieses Angebot trotzdem mit Streik beantwortet würde, so sei der Vorstand nicht in der Lage, den Kampf beizulegen. Der Schlichter würde vom Verband solange nicht angerufen werden, bis der Streik nicht restlos beendet ist. Der Kampfeswille der Ziegeleiarbeiter ist jedoch nicht weniger stark, auch sie sind zur Fortsetzung des Kampfes entschlossen.

### Ein offener Brief der kommunistischen Jugend.

Nach längerer Pause meldete sich kürzlich die kommunistische Jugend wieder einmal beim ADGB. Die Zentrale [illegible] unserem Jugendsekretariat einen offenen Brief, den die kommunistische Reichs-Jugendkonferenz am 24. Mai d. J. in Magdeburg beschlossen hat, mit dem Ersuchen um baldige Antwort. Die Jungarbeiter in Stadt und Land werden hierin aufgerufen, in den Kampf zu treten für zehn Mindestforderungen, die zum Teil den Jugendschutz, zum Teil alle möglichen politischen Dinge betreffen. Z. B. wird neben dem Kampf gegen die monarchistische Gefahr die Abschaffung der Lohnsteuer, die Gewerkschaftseinheit, die Einbeziehung der Jugend in alle Kämpfe und Bewegungen sowie das Wahlrecht und die Wählbarkeit zu den Betriebsräten vom 14. Lebensjahr an gefordert. Zum Schluß heißt es: „Jungarbeiter in Stadt und Land! Nehmt zu diesen Forderungen Stellung! Zwingt die Führer eurer Organisationen, Farbe zu bekennen: entweder müssen sie sich für diese Mindestforderungen bekennen oder sie sind nur Agenten des Kapitals und müssen hinweggefegt werden!"

Dieses Hinwegwerfen der Führer ist seit langem bei den Kommunisten selbst zu einer beliebten Betätigung geworden. Man darf daraus wohl auf die [illegible] der eigenen Führer schließen, aber auch auf die Unbeständigkeit solcher Mindestforderungen. Wir verzichten deshalb darauf, der kommunistischen Jugend gegenüber Bekenntnisse abzulegen, [illegible]

ziehen vor, abzuwarten, wie der sicher fortgesetzte Sport des Führer-Wegfegens bei den Kommunisten sich auf die Erzeugung und die Qualität von Mindestforderungen und offenen Briefen auswirkt.

### Entlassung der alten Belegschaft bei Tuchscherer, Ohlau

Nach dem letzten Streik der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft bei der Firma Tuchscherer in Ohlau hat die Firma den größten Teil der streikenden alten Belegschaft wieder einstellen müssen. Sie hatte sich jedoch bereits während des Streiks aus Stahlhelmern und anderen Streikbrechern eine gefügigere Belegschaft herangezogen, die auch für sich allein die Betriebsratswahlen vornahm! Am letzten Freitag und Sonnabend hat die Firma den größten Teil der alten Belegschaft plötzlich entlassen, dagegen die ortsfremde „neue" Belegschaft der Stahlhelmer und Streikbrecher vollzählig behalten! Natürlich muß Arbeitsmangel als Begründung herhalten. — Wieder ein „Ruhmesblatt" in dem jetzt schon ziemlich dicken Bande über die Ausbeutungspolitik der Firma Tuchscherer.

### Das Mitbestimmungsrecht der Betriebsvertretungen in der Sozialversicherung.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns:

Seit Jahren kämpft unser Verband für das Mitbestimmungsrecht der Betriebsvertretungen in der Sozialversicherung, insbesondere auch in den berufsgenossenschaftlichen Verwaltungen. Das Landgericht Berlin I und das Kammergericht haben sich wiederholt zu unserer Ansicht bekannt, wonach das Mitbestimmungsrecht der Betriebsvertretungen auch für die Sozialversicherung uneingeschränkt gegeben ist. Das Reichsversicherungsamt und der Vorläufige Reichswirtschaftsrat dagegen haben bisher eine ablehnende Haltung eingenommen und den Betriebsvertretungen in der Sozialversicherung das Mitbestimmungsrecht streitig gemacht.

In einem von uns geführten jahrelangen Streitverfahren hat jetzt der Reichswirtschaftsrat seinen bisherigen Standpunkt revidiert und das Mitbestimmungsrecht auch für die Betriebsvertretungen der berufsgenossenschaftlichen Verwaltungen anerkannt. Damit hat unser Verband einen neuen Erfolg erreicht; das Reichsversicherungsamt steht nun als einzige Instanz mit seiner rückständigen Entscheidung allein.

Die praktischen Folgerungen aus der Entscheidung des Reichswirtschaftsrats sind folgende:

1. Die Betriebsvertretungen sind berechtigt, an der Schaffung oder Aenderung der Dienstordnungen gleichberechtigt mitzuwirken.
2. Ohne Zustimmung der Betriebsvertretungen darf keine Dienstordnung geändert werden.
3. Ordnungsstrafen können nur gemeinsam vom Berufsgenossenschaftsvorstand und der Betriebsvertretung verhängt werden. Alle Strafen, die einseitig vom Arbeitgeber verhängt werden, sind unwirksam.

Alle Fälle, in denen die Berufsgenossenschaftsvorstände gegen diese Grundsätze verstoßen, bitten wir dem Zentralverband der Angestellten mitzuteilen.

---

## Vor dem Generalstreik der belgischen Metallarbeiter.

Brüssel, 6. Juli. (Funkbericht.)

Der belgische Metallarbeiterkongreß, der nach Brüssel einberufen worden war, um zu dem Streik in der belgischen Metallindustrie Stellung zu nehmen, beschloß nach langer Debatte, die einen ganzen Tag in Anspruch nahm und sich in der Hauptsache darum drehte, ob der Generalstreik sofort proklamiert oder erst noch eine Urabstimmung vorgenommen werden soll, mit allen gegen wenige Stimmen den Generalstreik für alle die Betriebe, in denen die Unternehmer Lohnkürzungen vornehmen. Der Streik wird spätestens am 16. Juli im ganzen Lande allgemein sein.

---

**Der Internationale Christliche Bergarbeiter-Verband**, dem rund 300 000 Mitglieder angehören, hält vom Montag bis Donnerstag in Genf eine Konferenz zur Regelung der Lohn- und Arbeitszeitfragen und des Knappschaftswesens ab. An dieser Konferenz werden 8 Länder teilnehmen. Die christlichen Bergarbeiter Deutschlands werden durch Imbusch und Giesberts vertreten.

### Die englischen Bergarbeiter lehnen Lohnherabsetzung ab.

Die Vorschläge der englischen Grubenbesitzer sind am Freitag der Delegiertenversammlung der Bergleute zur Entscheidung vorgelegt worden. Eine Herabsetzung der bestehenden Tariflöhne wurde unter Hinweis auf die Lebensverhältnisse abgelehnt. Ebenso wurden die Vorschläge für Einführung der Achtstundenschicht im Bergbau verworfen.

---

### Unzureichender Bauarbeiterschutz.

Das Leitergerüst am Hause Paradiesstraße 23 ist ab heute, den 6. Juli, gesperrt. Da fast der gesamte alte Putz abgeschlagen ist, genügt das vorhandene Gerüst den Anforderungen an die Sicherheit für die bisher dort arbeitenden Bauarbeiter nicht. Ortsverwaltung des Baugewerksbundes.

---

**Dem Geschäftsbericht des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands** entnehmen wir folgendes: Die Mitgliederzahl nahm im Jahre 1924 gegenüber dem Jahre 1923 um 551 Mitglieder = 0,01 Prozent ab. Die Abnahme entfällt auf die ersten Quartale des Jahres 1924. Der Durchschnittsmitgliederbestand beträgt 52 382, der Bestand am Schluß des 4. Quartals 1924 insgesamt 53 948. In günstiger Entwicklung befinden sich auch die finanziellen Verhältnisse des Verbandes. In der Bilanz sind die Einnahmen für 1924 mit 796 771,67 Mark verzeichnet. Dazu kommt ein Vortrag für das Jahr 1924 in Höhe von 32 376,79 Mark. Die Ausgaben stellten sich auf 399 825,45 Mark, so daß 429 312,82 Mark für das Jahr 1925 vorgetragen werden konnten.

Das Jahr 1924 war für den Verband ein ausgesprochenes Kampfjahr. Trotzdem für die große Mehrzahl der Berufsangehörigen, nämlich für rund 75 000 Personen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse von acht Reichstarifen geregelt sind und [illegible] unter sechs Bezirkstarife weitere 5000 Berufsangehörige entfallen, fanden 189 Lohnbewegungen statt. Sie umfaßten 24 049 Betriebe mit rund 453 555 Personen, so daß die Belegschaft mehrerer Betriebe in einem Jahre mehrmals in Lohnbewegungen verwickelt wurde. Von den Bewegungen verliefen 162 ohne Arbeitseinstellungen und 27 mit Arbeitseinstellungen. Von den Streiks waren 21 Angriffs- und 6 Abwehrstreiks. Völligen oder teilweisen Erfolg hatten durch diese Bewegungen insgesamt 450 416 Personen, und zwar 439 260 ohne Arbeitseinstellung und 11 166 Personen durch Streiks. Es konnte im Durchschnitt für Männliche eine Aufbesserung von 12 Mark pro Woche erzielt werden, für Weibliche eine solche von 7 Mark. Das ist ein Erfolg, der sich sehen lassen kann und der zur weiteren Werbung für die gewerkschaftliche Idee anspornen muß.

---


**Parteigenossen und Genossinnen werbt ständig für die Volkswacht!**


# Wirtschaft.

## Die Schutzzollwelle in der Weltwirtschaft.

Die Industrieländer segeln immer flotter auf der Flut der Hochschutzzölle. Die jüngsten Berichte reden von immer neuen Schutzzollmaßnahmen. Vorletzte Woche nahm das englische Unterhaus eine Resolution an, durch die auf Grund des Industrieschutzgesetzes ein Wertzoll von 33⅓ Prozent für Spitzen und Stickereien aller Art festgelegt wurde. Durch diesen Zoll wird vor allem die französische und schweizerische Industrie berührt, und es ist anzunehmen, daß diese Gegenmaßnahmen treffen, d. h. ebenfalls einige Zölle, die die englische Ausfuhr treffen, erhöhen werden. Bekanntlich treibt die englische Regierung eine energische Schutzzollpolitik. England möchte durch Vorzugszölle für seine Dominions neue Begünstigungen für seine Ausfuhr nach denselben erreichen. Es scheint aber, daß weder die südafrikanische Union noch Britisch-Indien oder Australien gewillt sind, neue Begünstigungen für englische Waren zu gewähren, teils aus finanziellen Gründen — in Südafrika soll das Budgetdefizit aus der Erhöhung der Zölle für englische Waren gedeckt werden —, teils deshalb, weil sich in den englischen Dominions große Industrien entwickeln, welche die englische Konkurrenz sich gern fernhalten wollen.

In der Tschecho-Slowakei wurden vor kurzem gleitende Getreidezölle eingeführt, die bei der Steigerung der Weltmarktpreise sinken bzw. sich mit der Senkung erhöhen. Für spätere Zeiten sind auch feste Getreidezölle vorgesehen.

In Polen wurden mit Verordnung vom 27. Mai ungeheure Zollerhöhungen vorgenommen mit der Absicht der Einfuhrdrosselung, damit die andauernde Passivität der Handelsbilanz aufhört. Am 15. Juni hat die einseitige Bindung Deutschlands gegenüber Polen, derzufolge es gewisse Warenkontingente zollfrei hereinzulassen verpflichtet war, aufgehört. Ein Handelsvertrag zwischen Polen ist aber nicht vorhanden; ein Zustand, wodurch der gegenseitige Handelsverkehr unterbunden worden ist.

Auch Italien hat vor einiger Zeit Zollerhöhungen vorgenommen bzw. neue Zölle eingeführt. In bezug auf Italien ist die interessante Tatsache zu verzeichnen, daß in Australien Dumpingzölle gegen italienische Waren eingeführt werden. Die italienischen Löhne sind die niedrigsten unter sämtlichen europäischen Industrieländern und Australien möchte sich die mit Hilfe der Schwitzarbeit hergestellten billigen Waren fernhalten. An dieser Stelle möchten wir daran erinnern, daß auch der neue österreichische Zolltarif auf Veranlassung der Sozialdemokratischen Partei eine Klausel enthält, derzufolge Waren aus Ländern mit Schundlöhnen mit einem Sonderzoll belegt werden dürfen. Gelegentlich der gegenwärtigen Zolldebatten in England hatte sich auch die Mehrheit der englischen Arbeiterpartei für Zölle gegen die Schwitzarbeit ausgesprochen.

Die Vereinigten Staaten haben nach der Erklärung ihres Staatssekretärs die Absicht, in ihrer Zollpolitik einen neuen Weg einzuschlagen. Sie hatten früher im Verkehr mit anderen Ländern Gegenseitigkeitsverträge abgeschlossen, d. h. Zollerleichterungen nur gegen gleichwertige Zugeständnisse anderer Länder gewährt, wobei für die Zollermäßigungen einer jeden Ware eine Gegenleistung erhandelt werden mußte. Es wird nun zugegeben, daß sich dieses System nicht bewährte und so möchten nun die Vereinigten Staaten zu dem System der Meistbegünstigungsverträge, denn zufolge Amerika dem Vertragspartner sämtliche Vorteile zubilligt, die irgendeinem Lande gewährt worden sind, übergehen. Mit Deutschland und der Türkei wurden Handelsverträge bereits auf Grund der Meistbegünstigung abgeschlossen und die zukünftigen Handelsverträge sollen auf der gleichen Grundlage erfolgen. Man könnte hier von einem erfreulichen Fortschritt zur Erleichterung der internationalen Beziehungen reden, wenn sonst das amerikanische Zollsystem nicht unerträglich wäre. Die Zollsätze sind nämlich enorm hoch, die Verzollung wird absichtlich mit den größten Schikanen verbunden und der Präsident hat fast unbeschränkte Befugnisse, die Zölle nach seinem Ermessen beliebig zu erhöhen. Auch in der letzten Zeit machte er von diesem Recht Gebrauch. Wird aber den Vereinigten Staaten in Zukunft mehr an dem Außenhandel liegen, als es in den letzten Jahren der Fall war, so können die Handelsverträge auf Grund der Meistbegünstigung den Warenverkehr wohltätig erleichtern.

Was folgt aus der Verstärkung der ausländischen Schutzzollbewegung für Deutschland? Die Großgrundbesitzer und Großunternehmer sind schnell mit der Antwort fertig und sagen: auch wir müssen hohe Zölle erheben, um angesichts der Absperrungsmaßnahmen des Auslandes uns wenigsten die Versorgung des inneren Marktes zu sichern. Indessen ist dieser Weg ganz falsch. Ein Land, das, wie Deutschland, auf die Einfuhr von Getreide und Lebensmitteln und die Ausfuhr seiner Fertigproduktion angewiesen ist und bleiben wird, kann sich die Absperrung gegen das Ausland nicht leisten. Die Hochschutzzölle müssen mit der wachsenden Einsicht in die Bedeutung der Arbeitsteilung überall abgebaut werden und es wurde mit Recht behauptet, daß es Deutschlands historische Aufgabe sei, in der Verbreitung dieser Ansicht bahnbrechend zu wirken und entsprechend seinen wahren Lebensinteressen den Anfang mit dem Abbau des Hochschutzzollwahnsinns zu machen.

### Die Kopenhagener Arbeiterbank

veröffentlicht soeben ihre Jahresbilanz. Da Abschreibungen in der außergewöhnlichen Höhe von 666 000 Kronen vorgenommen wurden, ergibt sich ein buchmäßiges Defizit von 12 000 Kronen das auf das nächste Jahr vorgetragen wird. Das Jahr 1924 brachte der Bank eine wesentliche Vergrößerung; sie erhöhte ihr Aktienkapital von 2 Millionen auf 2 980 000 Kronen.

### Rückgang der englischen Kohleneinfuhr.

Vor dem Kriege konnte Deutschland jährlich an 30 Millionen Tonnen Steinkohle ausführen. Nach dem Kriege, der auch zum Verlust großer Steinkohlengebiete führte, konnte Deutschland zunächst seinen Kohlenbedarf nicht mehr befriedigen, es mußte also Kohlen einführen; für die Einfuhr kam zu einem wesentlichen Teil England in Frage. Der Kohlenbedarf Deutschlands hat sich aber seit längerer Zeit geändert, so daß wir jetzt eine umgekehrte Kohlenkrise haben, die die deutschen Zechen zwingt, einen großen Teil der Förderung auf Halden zu bringen. In dem Maße, wie die deutsche Kohlenkrise sich verschärfte, wurde auch die englische Kohleneinfuhr [illegible]. Diese Einfuhr ist denn auch in den letzten Monaten ständig zurückgegangen. Während noch 1924 im Monatsdurchschnitt 589 000 Tonnen aus England eingeführt wurden, machen die englischen Einfuhrmengen in den ersten vier Monaten 1925 nur 35 v. H. im Vergleich zum Vorjahre aus. Es ist anzunehmen, daß sich diese rückläufige Entwicklung der englischen Kohleneinfuhr auch weiterhin fortsetzen wird, zumal die deutsche Reichsbahn ihren alten Tarifstandpunkt aufgegeben und für Ruhrkohle und oberschlesische Steinkohle nach dem Küstengebiet ab 5. Mai 1925 ermäßigte Sondertarife eingeführt hat, die gegenüber den bisherigen Frachtsätzen eine wesentliche Frachtermäßigung bedeuten. Unsere Kohlenhandelsbilanz ist jetzt wieder aktiv, was auch zur Verbesserung der Passivität der deutschen Handelsbilanz beiträgt.

---

**Aufhebung der [illegible] in der Schweiz.** Der schweizerische Bundesrat hat mit sofortiger Wirkung die [illegible] [illegible] aufgehoben. [illegible] [illegible] an eine besondere [illegible] geknüpft.

# Die Verwaltung der Landgemeinde

Da die gegenwärtige, vom 3. Juli 1891 datierende, Landgemeindeordnung doch noch geraume Zeit gelten dürfte, erscheint es angebracht, noch einmal auf die gegenwärtige Verwaltung der Landgemeinde einzugehen. Die Verwaltung der Landgemeinde wird hauptsächlich geregelt in den §§ 74 bis 88, wobei zu berücksichtigen ist, daß die §§ 76, 77, 78, 79, 80, 81 und 82 teilweise durch die Bestimmungen des Notgesetzes über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen vom 12. Februar 1924 hinfällig geworden sind.

An der Spitze der Verwaltung einer Landgemeinde steht der Gemeindevorsteher, in den verschiedenen Gegenden Schulze, Richter oder Dorfrichter genannt. Es ist der eigentliche Gemeindevorstand und zwar überall dort, wo nicht ein kollegialischer Gemeindevorstand (bestehend aus dem Gemeindevorstand und den Schöffen) gebildet ist. Ein kollegialischer Gemeindevorstand ist nur in größeren Landgemeinden anzutreffen.

Der Gemeindevorsteher ist unmittelbarer Vorgesetzter aller Gemeindebeamten, deren amtliche Tätigkeit er beaufsichtigt und leitet. Er kann Verwarnungen und Verweise (auch an die Schöffen) erteilen. Er trifft allein die Entscheidung, mit Ausnahme der Fälle, die im § 86 Absatz 3 vorliegen, dennoch muß er die Schöffen hören, bei Ausstellung von Urkunden von Rechtsgeschäften, welche die Gemeinde gegenüber Dritten verpflichten, bei Beschlüssen der Gemeidevertretung über Benutzung des Gemeindevermögens. Seine Aufgaben sind hauptsächlich zweifacher Natur. 1. Als Organ des Staates, als Ortsobrigkeit. 2. Als Verwalter der Gemeindeangelegenheiten.

Als Ortsobrigkeit liegen ihm, außer seiner polizeilichen Tätigkeit, ob: Vorarbeiten für Steuerfragen, Aufstellung der Listen zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen, Aufstellung der Listen für die Wahl der Parlamente und Kommunalvertretungen, Mitwirkung auf dem Gebiet der Sozialversicherung, Mitwirkung in gewerbepolizeilichen Angelegenheiten, Verwaltung der Jagdgenossenschaft als Jagdvorsteher, eventuell Führung der Geschäfte des Standesbeamten, Aufnahme von Nottestamenten.

Als Gemeindevorsteher, d. h. als Verwalter der Gemeindeangelegenheiten, liegt ihm ob: 1. Gesetze, Verordnungen und Verfügungen der ihm vorgesetzten Behörde auszuführen. 2. Beschlüsse der Gemeindevermaltung, soweit sie nicht von ihm beanstandet sind, vorzubereiten und auszuführen. Die laufende Verwaltung des Vermögens und der Einkünfte der Gemeinde sowie der Gemeindeanstalten zu führen und die eventuelle besondere Verwaltung der Gemeindeanstalten zu beaufsichtigen; weiter den Gemeindehaushaltsplan aufzustellen, das Rechnungs- und Kassenwesen zu beaufsichtigen. Nach Beschluß der Gemeindevertretung eventuelle Gemeindebeamten anzustellen und zu beaufsichtigen. Die Akten und Urkunden der Gemeinde aufzubewahren und die Gemeinde nach außen hin zu vertreten und im Namen der Gemeinde mit Behörden und Privatpersonen zu verhandeln.

Urkunden über Rechtsgeschäfte, die die Gemeinde gegenüber Dritten verpflichten, außerdem Vollmachten, müssen unter Beifügung des betreffenden Gemeindebeschlusses mit einer dazu erforderlichen Genehmigung der Aufsichtsbehörden vom Gemeindevorsteher und einem der Schöffen unterschrieben sein. Außerdem hat der Gemeindevorsteher die Verpflichtung, Gemeindeabgaben und Gemeindedienste entsprechend den Beschlüssen der Gemeindevertreter auf die Verpflichteten zu verteilen und über deren Einziehung und Ausführung die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Der Gemeindevertreter wird im Allgemeinen von dem ältesten Schöffen vertreten. Bei besonders dringenden Fällen von demjenigen Schöffen, der zuerst erreichbar ist.

Schöffen. Dem Gemeindevorsteher zur Seite stehen mindestens zwei Schöffen, auch Gerichtsmänner oder Dorfgeschworene genannt. Sie haben ihn in den Amtsgeschäften zu unterstützen und in Behinderungsfällen zu vertreten. Die Mindestzahl der Schöffen beträgt zwei und kann entsprechend der Größe der Gemeinde durch Ortsstatut auf sechs erhöht werden.

Verschieden von der Stellung der Schöffen ist die des Ersatzschöffen. Gemäß § 74 Absatz 5 wird ein Ersatzschöffe in den Gemeinden gewählt, wo nur zwei Schöffen vorhanden sind. Daraus geht hervor, daß es sich hier nur um kleine Gemeinden handeln kann. Der Ersatzschöffe gehört nicht ohne weiteres zur Gemeindevertretung. Seine Wahl erfolgt auch in besonderem Wahlgang auf einer besonderen Liste, und er tritt nur in Tätigkeit, wenn einer der beiden Schöffen (nicht der Gemeindevorsteher) verhindert ist. Scheidet einer der beiden Schöffen aus der Gemeindevertretung aus, so rückt nicht er, sondern der auf dem Wahlvorschlage für die Schöffen Nachfolgende an seine Stelle.

Die Wahlzeit des Gemeindevorstehers und der Schöffen geschieht entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen, sie endigt mit der Wahlzeit der Gemeindevertretungen. In Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern kann ein besoldeter Gemeindevorsteher angestellt werden. Derselbe braucht vorher nicht Gemeindemitglied gewesen zu sein. Seine Wahl erstreckt sich auf die Höchstdauer von 12 Jahren. Außerdem kann in größeren Gemeinden, wenn es die Notwendigkeit erfordert, mit Genehmigung des Ministers durch Ortsstatut die Anstellung eines oder mehrerer Schöffen, jedoch nicht mehr als ⅓ der Gesamtzahl, erfolgen. Die Bestätigung des Gemeindevorstehers und der Schöffen erfolgt durch den Landrat nach Anhörung des Amtsvorstehers. Diese Bestätigung kann nur unter Zustimmung des Kreisausschusses versagt werden. Gemeindevorsteher und Schöffen werden vor ihrem Amtsantritt vom Landrat oder Amtsvorsteher vereidigt.

Entschädigung. Der Gemeindevorsteher erhält gemäß § 86 der L.-G. O. Ersatz der Barauslagen und eine Entschädigung, die im Verhältnis zu seiner amtlichen Mühewaltung steht. Die Aufbringung dieser Mittel liegt der Gemeinde ob, es fallen jedoch alle Geld- und Naturalbeiträge des Gutsherrn für den Gemeindevorsteher weg. Etwa bestehende Vergünstigungen an Grund und Boden für den Gemeindevorsteher bleiben weiter bestehen. Schöffen erhalten nur Ersatz ihrer Barauslagen und haben ihr Amt in der Regel unentgeltlich zu verwalten. Im Streitfalle entscheidet über die Höhe der Barauslagen für Gemeindevorsteher und Schöffen und Entschädigung für den Gemeindevorsteher der zuständige Kreisausschuß. E. Janotta.

haus gebracht wurde, wo sie bald darauf starb. Die Verstorbene war auf dem Wege zu ihrem Gatten, der angeblich im Blaugrunde malen sollte. Es war aber bisher noch nicht möglich, ihn zu ermitteln.

**Oberglogau.** Zwei Todesopfer forderte gestern das elektrische Ortsnetz. Einige Elektromonteure hatten auf der Glückaufstraße die Verlegung einer Zuleitung auszuführen. Die Zuleitungsdrähte wurden über die Niederspannung geworfen. Beim Anziehen der Zuleitung muß ein Draht mit der Niederspannung in Berührung gekommen sein, denn der diese Arbeit erledigende Monteur erhielt Strom, und da er auf schlammiger Straße stand, ward Erdschluß hergestellt. Der zweite Monteur handelte kopflos, indem er mit einer Zange den Draht durchschnitt. Auch er erhielt Strom. Beide Monteure, Herder und Grundmann, wurden leblos von der Unfallstelle geschafft.

**Hindenburg.** Schwerer Grubenunfall. In der Nacht zum Freitag ist auf der Konkordiagrube am Bremsberg eine Strecke von 100 Metern eingebrochen. Zwei Arbeiter wurden verschüttet und konnten nur als Leichen geborgen werden; ein dritter erlitt schwere Kopfverletzungen. Zu dem Unfall wird uns noch berichtet: Eine Strecke des von der Konkordia-Grube nach Mathesdorf führenden Stollens ging am Freitag früh nach 3 Uhr zu Bruch. Die dadurch entstandene Erschütterung war so stark, daß in einer im Dachgeschoß der Schule in der Paulstraße befindlichen Lehrerwohnung im Wohnzimmer die Stuckdecke aufplatzte und von ihr dann etwa sechs Quadratmeter nachmittags nach 4 Uhr den Teilnehmern eines Kaffeekränzchens auf die Köpfe fiel, Getränke und Speisen verdarb und eine dichte Staubwolke erzeugte. Im übrigen kam die Gesellschaft mit dem bloßen Schrecken davon.

**Beuthen OS.** Das neue Beuthener Baugewerkschulgebäude ist durch die Grenzziehung zwischen Ost- und Westoberschlesien zu einer Notwendigkeit geworden und soll die Tradition der alten, weit über die Grenzen Kattowitz hinaus bekannten Kattowitzer Baugewerkschule übernehmen. Die Stadtverordnetenversammlung Beuthen hat bereits die erste Rate für den Bau des Gebäudes in Höhe von 400 000 Mark bewilligt. Das neue Gebäude wird an der Tarnowitzer Chaussee erstehen und ist in Backsteinrohbau gedacht. Mit dem Bau soll nach Möglichkeit noch in diesem Jahre begonnen werden.

## Breslau (Land)-Neumarkt.

### Steuerdrückeberger.

Das Finanzamt Breslau-Land gibt bekannt:

„Wegen Vergehens gegen die verschiedenen Steuergesetze sind in der Zeit vom 1. April 1925 bis 30. Juni 1925 Geldstrafen von zusammen 2328 Reichsmark festgesetzt worden. Die höchste der 21 Geldstrafen beträgt 1000 Mark und ist verhängt gegen einen Gewerbetreibenden des Landkreises wegen Nichtabführung von Lohnsteuer."

Es ist ja ganz nett, wenn das Finanzamt mitteilt, daß dem Reichssäckel 2328 Mark an Geldstrafen für Steuerhinterziehungen einverleibt wurden. Uns aber interessieren vor allem die Namen jener „nützlichen" Mitglieder der Allgemeinheit, die es so gut verstehen, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen, bis sie eines Tages erwischt werden.

---

**Weidenhof.** Als vor ungefähr zwei Jahren sich hier am Orte eine Ortsgruppe des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität gründete, fand Gastwirt Weihrauch recht schöne und herzliche Worte, um diesen Verein für sein Lokal zu gewinnen. Als aber auch die Bürgerlichen, unserem Beispiel folgend, ebenfalls einen Radfahrerverein mit dem Anschluß an den Deutschen Radfahrerbund gegründet hatten, und auch bei Herrn Weihrauch tagten, schlug dessen freundliche Stimmung um, und wurde merklich kühler. Bei Vergebung seiner Lokalitäten zu Festlichkeiten hatten die Bürgerlichen stets den Vorzug und ließ uns Herr Weihrauch fühlen, daß er uns lieber heut wie morgen draußen sähe. Als nun an einem der letzten Sonntage der bürgerliche Verein von einem Ausfluge bei Weihrauch einkehrte und unsere Genossen dort vorfanden, wurden wir von diesen Hurrapatrioten dauernd angeekelt, sodaß es beinahe zu Tätlichkeiten gekommen wäre. Herr Weihrauch hielt es nicht für nötig einzuschreiten oder ga[nz] unsere Genossen in Schutz zu nehmen. Unsere Genossen zogen es deshalb vor, das Lokal zu verlassen und Herrn Weihrauch von ihrer Gegenwart ganz zu befreien, indem sie anderen Tags ihre Vereinssachen abholten und ihm seinen anscheinend längst still gehegten Wunsch erfüllten. Wir bitten alle uns gleichgesinnten Vereine sowie auch die gesamte Arbeiterschaft, hiervon Kenntnis zu nehmen und Herrn Weihrauch bis auf weiteres nicht mit ihrer Gegenwart zu belästigen.

## Breslauer Produktenbörse vom 4. Juli.

**Amtliche Notierungen** der an der Breslauer Produktenbörse vom 4. Juli 1925 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladestation in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich Frachtparität Breslau verstehen). Tendenz: Getreide: Ruhig. — Futtermittel: Stetig. — Mehl- und Mahlprodukte: Roggenmehl wenig angeboten.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):

mittlere Art und Güte der letzten Ernte bei sofortiger Bezahlung.

| Getreide: | 4. | 3. | Oelsaaten | 4. | 3. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen | 29,00 | 29,00 | Winterraps | — | — |
| Roggen | 24,50 | 24,50 | Leinsamen | — | 35,00 |
| Hafer | 25,00 | 25,00 | Senfsamen | — | 60,00 |
| Braugerste | 26,50 | 26,50 | Hanfsaat | — | 30,00 |
| Mittel- u. Winterg. | 19,50 | — | Mohn, blau | — | 110,00 |

**Futtermittel.** Nachstehende amtliche Preise für Futtermittel verstehen sich für 100 kg Parität Waggon frei Breslau für ganze Wagenladungen.

| | 4. | 2. | | 4. | 2. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizenkleie | 13,00-13,75 | 13,00-13,75 | Maiskeime | 13,75-14,75 | 13,75-14,75 |
| Roggenkleie | 14,00-14,75 | 14,00-14,75 | Trockenschnitzel | 10,75-11,25 | 10,75-11,25 |
| Leinkuchen | 24,50-25,50 | 24,50-25,50 | Weizenkleiemelasse ⁰/₀ | 12,25-12,75 | 12,25-12,75 |
| Rapskuchen | 17,00-18,00 | 17,00-18,00 | Biertrebermelasse ⁰/₀ | 13,00-13,75 | 13,00-13,75 |
| Palmkernkuch. | 17,50-18,50 | 17,75-18,75 | Palmkernmelasse ⁰/₀ | 12,75-13,50 | 12,75-13,50 |
| Sesamkuchen | 22,50-23,50 | 22,50-23,75 | Torfmelasse ⁰/₀ | — | — |
| Kokoskuchen | — | — | Mais | 21,00-22,00 | 21,00-22,00 |
| Baumwollsaatmehl | 17,00-18,00 | 17,00-18,00 | Sojaschrot ca. 44 % | 22,50-23,50 | 22,50-23,50 |
| Reisfuttermehl 24 % | 15,50-16,50 | 15,50-16,50 | | | |
| Kartoffelflocken | 24,50-25,50 | 23,50-24,50 | | | |
| Biertreber | 15,25-18,25 | 15,00-16,00 | | | |

Gerstenkleie 16,50—18,50.
Sonnenblumenkuchen (46 %) 20,50—21,50.
50%ig. Erdnußkuchen 23,50—24,50.
50proz. Baumwollsaatmehl 25,00—26,00.

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg)

| | 4. | 3. | | 4. | 3. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizenmehl | * 41,50 | * 41,00 | Roggenmehl | 46,00—47,00 | 46,00—47,00 |
| Roggenmehl | * 36,00 | * 36,00 | | | |

*) Feinere Sorten werden höher bezahlt.

**Wasserstand**

vom 6. Juli 1925.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Ratibor | 2,30 | Dyhernfurth | 3,42 |
| Neiße (Stadt) (u. 5. 7.) | 0,13 | Abflußmenge sekundlich 223 cbm. | |
| [illegible] | 2,76 | Liegnitz | 2,15 |
| [illegible] | 4,80 | [illegible] (5. 7.) | 0,04 |
| [illegible] | 3,47 | [illegible] + 17,7 | |

### Lehrer und Amtsgerichtsrat gegen die Republik.

Unsere schlesischen Genossen im Landtag haben folgende kleine Anfrage eingebracht:

Der Stahlhelm, Ortsgruppe Löwen in Schlesien, veranstaltete am 1. Mai einen Festkommers aus Anlaß der Wahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten. Der Kommers wurde durch eine Ansprache des Stahlhelmvorsitzenden, Amtsgerichtsrat Buchholz, eröffnet, in der er unter anderem ausführte:

> Hindenburg ist der Mann, der uns aus dem Korruptionssumpf herausführen soll, in den wir durch sozialdemokratische Regierungskünste hineingeraten sind. Einst wird der Tag kommen, wo wir die Revolutionsfahne niederholen und unsere alte ruhmreiche Flagge wieder hissen und in Begeisterung und Freude wieder das schöne Lied singen werden: „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot".

Die eigentliche Festrede hielt darauf der Lehrer Köhler aus Brieg, der unter anderem sagte:

> Was die traurigen Helden dieser Zeit taten, war nichts weiter als Zerstörung, Vernichtung der Staatswerte und weiteste Verlumpung und Entsittlichung, die gleich einer ansteckenden Seuche um sich griff. Weite Teile des Volkes wurden ergriffen bis weit in hohe Kreise der Verwaltung. Wer heute in die einzelnen Teile der Staatsverwaltung kritisch hineinschaut, ist entsetzt über die Fülle der Unkenntnis, die sich unter dem Namen Staatsbeamter breit macht und als einzige Empfehlung das Quittungsbuch der Partei beibrachte. Ja, wenn doch diese Leute wenigstens unbestraft und ehrlich geblieben wären ... Die Revolution hat die Demokratie für alle Zeiten in Deutschland verankern wollen, aber wenn eine Staatsform, die aufgebaut wurde auf dem Sandhaufen von Fahnenflucht und Hochverrat auf die Dauer Bestand haben sollte, dann müßte es keine Weltgeschichte geben. Das Bismarckreich der Ehrenhaftigkeit, geschmückt mit der Kaiserkrone, feiert seine Auferstehung gewiß.

Amtsgerichtsrat Buchholz sprach am Schluß dem Lehrer Köhler den Dank der Stahlhelm-Ortsgruppe für diese Ausführungen aus. Die Reden sind wörtlich im Löwener Stadtblatt vom 5. Mai enthalten.

Wir fragen an:

1. Ist gegen Köhler ein Verfahren wegen Verletzung des Gesetzes zum Schutz der Republik im Gange?
2. Ist gegen Köhler das Disziplinarverfahren eingeleitet und ist das Staatsministerium bereit, seine sofortige Suspension vom Dienste zu verfügen?
3. Ist das Staatsministerium gewillt, das Disziplinarverfahren gegen Amtsgerichtsrat Buchholz mit dem Ziel auf Dienstentlassung bei sofortiger vorläufiger Amtsenthebung einzuleiten?

Wie wir von der Regierung Breslau zu dieser Angelegenheit erfahren, hat sie inzwischen gegen Lehrer Köhler bereits disziplinarische Schritte unternommen.

### Die 4. Schreiberhauer Johanniswoche,

die soeben mit einem großen Trachtenfeste ihr Ende fand, hat eine überaus erfreuliche Beachtung gefunden und einen glänzenden Verlauf genommen. Ueber die ganze Woche hin zog sich die Textilkunstgewerbeschau, die den hohen Stand des schlesischen Textil-Kunstgewerbes zeigte und in der vor allem der Frage der Schaffung einer neuen Riesengebirgstracht ein größerer Raum gewidmet war. Zwei Vorschläge haben sich gut einbürgern können, der eine von [illegible] aus [illegible], der sich an die alten Riesengebirgstrachten anlehnt und der zweite der Kunstgewerblerin [illegible]-Schreiberhau, die insbesondere mit Blaudruck arbeitet. Bei der Eröffnung der Kunstgewerbeschau waren die Spitzen der Behörden mit ihren Dezernenten vertreten. Auch mit dieser Schau hat Schreiberhau bezeugt, daß es für kulturelle Fragen ein großes Verständnis hat.

Der Montag brachte ein [illegible] Volkskonzert des [illegible] Kurorchesters. [illegible] brachte wieder den Beweis, daß er ein feinfühliger Dirigent ist, [illegible], die über den Rahmen der üb[illegible]

[illegible]

die Zuhörer mit dem selten aufgeführten Waldhornkonzert von Richard Strauß. Den Höhepunkt des Abends bildete die sinfonische Dichtung „Les Preludes" von Liszt, wobei die hohen Qualitäten des Dirigenten und des Orchesters besonders in Erscheinung traten.

Am Dienstag nachmittag fand die Gedenkfeier an dem von Professor [illegible] entworfenen und in Majolika ausgeführten Grabsteine Carl Hauptmanns statt. Die Gedenkrede hielt Dr. Friedrich Castelle. Die große Anzahl Freunde des Dichters, darunter Wilhelm Bölsche, Hermann Hendrich, Peukert und andere waren erschienen. Am Abend sprach bei der Sonnenwendfeier an der Sagenhalle Dr. Castelle die Feuerrede. Feuersprüche von Wilhelm Bölsche, Hermann Hendrich und Dr. Geyer bannten das Feuer. Ein großes Feuerwerk und Feuertänze bildeten den Schluß der von vielen Tausenden besuchten Feier.

Der Mittwoch war dem Sport gewidmet, der Donnerstag den drei schlesischen Dichtern, die zu Schreiberhau besondere Beziehung haben: Gerhart Hauptmann, Carl Hauptmann und Hermann Stehr. Am Freitag brachte das Kurtheater als Festvorstellung das einzigste Lustspiel Gerhart Hauptmanns „Die Jungfrau vom Bischofsberge". Den Abschluß bildete das Volks- und Trachtenfest, das seinen Festzug in so prachtvoller Zusammenstellung und in einer solchen Reichhaltigkeit zeigte, wie man es vielleicht wohl kaum bisher in Schlesien sehen konnte. Verkehrsmittel von der ältesten bis in die Neuzeit wurden in Festwagen und Gruppen dargestellt. Auch in diesem Festzuge kam wieder neben der alten reichen schlesischen Tracht die neue Riesengebirgstracht in schönen Darstellungen zur Geltung.

War auch das Wetter nicht an allen Tagen günstig, so war der Verlauf der Johanniswoche ein überaus glücklicher und Schreiberhau dürfte seinen alten Ruf als Sammelstätte aller Heimatsbestrebungen neu gefestigt haben.

### Acht oberschlesische Kreise ohne gesetzliche Grenzen.

Ein Urantrag der sozialdemokratischen Fraktion im Preußischen Landtage stellt fest, daß in acht oberschlesischen Kreisen seit zehn bis sechzehn Jahren Kreistagswahlen nicht getätigt worden sind, sodaß in diesen Kreisen noch die Kreistage aus der Vorkriegszeit bestehen. Die gesetzliche Regelung der neuen Kreisgrenzen ist bisher noch nicht erfolgt, sodaß die Gefahr besteht, daß auch bei den nächsten Kreistagswahlen eine Neuwahl in diesen Kreisen abermals verschoben werden muß.

Der Antrag verlangt daher die Vorlage eines Gesetzentwurfes betr. Eingemeindung und Bildung der neuen Kreisgrenzen mit möglichster Beschleunigung, sodaß eine Verabschiedung noch vor den neuen Kreistagswahlen ermöglicht und deren Durchführung auch in den oberschlesischen Grenzkreisen zum Termin der allgemeinen Kreistagswahlen gesichert wird.

---

**Liegnitz.** Schwerer Autounfall. Der Kaufmann Steinhardt in Liegnitz unternahm am gestrigen Tage mit seiner Frau und Hotelbesitzer Reiche von hier eine Autofahrt. Bei ihrer Rückfahrt erlitten sie heute früh 4 Uhr bei Kaltendorf, Kreis Liegnitz, einen Autounfall. Frau Reinhardt erlitt einen schweren Schädelbruch. Sie ist bereits bei ihrer Aufnahme im St. Georgenkrankenhaus gestorben. Kaufmann Reinhardt und Hotelbesitzer Reiche trugen schwere Verletzungen davon.

**Freiburg.** Auflösung eines Gestüts. Das dem [illegible] gehörige Gestüt [illegible] ist aufgelöst worden. Die [illegible] Pferdezuchtanstalt hatte Berühmtheit und galt hauptsächlich der Nachzucht des edelsten englischen Vollbluts. Das hervorragende Pferdematerial ist verkauft worden.

**[illegible].** Ein folgenschwerer Treppensturz. Der Arbeiter Franz Meßner von hier stürzte infolge Fehltritt die zu seiner Wohnung führende Treppe hinunter. Er trug dabei so schwere Verletzungen davon, daß er schon nach einer Viertelstunde starb. Das Unglück ist um so tragischer, als fünf Minuten [illegible] meinen, zu Besuch eintrafen.

[illegible]